Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 50 Pf. Durch die Post bezogen Mk. 2.50, frei ins Haus Mk 2.03, im reinen Post am Ort. Mk. 3.34.

Telephon Nr. 1206.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt".

Insertionsgebühr beträgt für die einspaltige Kolonelzeile oder deren Raum 25 Pfennige, für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 15 Pfennige.

Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 1206.

Nr. 79. Mittwoch, den 4. April 1906. 17. Jahrgang.

Wenn Dein starker Arm es will.

Das Zeitalter des Kapitalismus mußte ein Zeitalter des Verkehrs werden. Der Verkehr ist das viel verzweigte Adernsystem, in dem mächtig pulsierend der gewaltige Blutstrom des modernen Wirtschaftslebens braust, und nirgendwo tritt dieser uns in seiner ganzen Großartigkeit und Bedeutung so sinnfällig, so unmittelbar packend entgegen, als in eben diesem Verkehr, der mit jagender Eile die Güter der Produktion auf Eisenwegen und Wasserstraßen weithin durch Länder und Kontinente trägt, der durch die wimmelnden Straßen der Großstadt braust.

Wer eine dieser Adern des Verkehrs unterbindet, der greift an das Herz des kapitalistischen Wirtschaftskörpers. Instinktiv fühlen das diejenigen, die mit dem Kapital stehen und fallen, und darum fürchten sie nichts so sehr als eine Erschütterung, eine Störung des Verkehrs.

Zwar jeder Streik von Arbeitern ist ihnen als eine Gefahr für den Bestand der kapitalistischen Ordnung verhaßt, doch er berührt die Oeffentlichkeit, selbst in den großen Formen eines Textilarbeiter- oder Kohlengräberausstandes immer nur indirekt und allmählich; ein Streik von Verkehrsarbeitern aber gibt dem gesamten öffentlichen Leben ein völlig neues, ungewohntes Gepräge, er lenkt dessen Strom in ganz veränderte Bahnen. Deswegen ist kein Streik so gefürchtet, und keiner nimmt das Interesse aller Schichten der Oeffentlichkeit so sehr in Anspruch, als ein Streik von Verkehrsarbeitern.

In Breslau streiken zur Zeit die Droschkenkutscher, und ein nicht unbeträchtlicher Teil des Großstadtverkehrs ist damit ausgeschaltet, lahmgelegt; die Straßen der Stadt haben geradezu ein völlig verändertes Aussehen erhalten. Alle anderen Interessen, die sonst das Leben einer Großstadt beherrschen, sie sind augenblicklich zurückgedrängt, und die Stadt steht somit nun unter dem Zeichen des Droschkenstreiks. Alle ihre Standplätze sind verödet, an den Bahnhöfen staut sich die Menge der mit Koffern und Körben von auswärts Ankommenden. Hilflos blicken sie um sich: so weit ihr Auge suchend blickt, nirgends ist eine Droschke zu erspähen. Die Schutzleute zucken die Achseln: sie können nicht helfen: seit zwei Tagen ist Breslau ohne eine einzige Droschke. Unbeachtet meist rollten sie bisher an uns vorüber: man glaubte oft garnicht, daß sie erforderlich seien. Und nun sie verschwunden sind, merken wir erst, daß sie ein wichtiger Faktor im Großstadtleben sind.

Und wo liegen die Gründe dieses ganz ungewöhnlichen Ereignisses. Die Einkommensverhältnisse der unselbständigen Droschkenführer und ebensosehr der meisten kleinen Droschkenbesitzer in Breslau sind gewiß mehr als erbärmliche zu nennen, und sie bedürften gewiß einer recht baldigen Aufbesserung. Aber nicht um eine solche handelt es sich. Der Grund liegt auf einem anderen Gebiete, und darin liegt zugleich das Eigenartige, das vor allem Beachtliche dieses Streiks: es handelt sich um einen Kampf gegen die nimmer ruhenden Bevormundungsgelüste der Polizeigewalt. Bereits im Dezember des Jahres 1900 drohte dieser Kampf auszubrechen. Schon damals hatte der Breslauer Polizeipräsident eine Fahrordnung für den öffentlichen Droschkenverkehr herausgebracht, die damals bereits den Droschken eine bestimmte Auffahrtszeit, bestimmte Standplätze und eine feste „Dienstbereitschaft von nicht weniger als 17 Stunden vorsah. Als alle Vorstellungen bei Dr. Bienko vergeblich blieben, war für den 1. Dezember der allgemeine Streik proklamiert. Da, am letzten Tage, kam die Mitteilung, daß auf Veranlassung des Ministers die Polizeiverordnung zurückgezogen worden sei: die von der gesamten öffentlichen Meinung Breslaus unterstützte Einmütigkeit der Breslauer Droschkenkutscher und -Besitzer hatte den Widerstand selbst eines Polizeipräsidenten gebrochen.

Heut liegen die Verhältnisse ähnlich. Auch diesmal wieder handelt es sich darum, daß der Polizeipräsident den Breslauer Droschkenführern eine Fahrordnung aufzwingen will. Und ihre Bestimmungen sind im wesentlichen die gleichen, wie die des Jahres 1900. Sie bedeuten nicht nur eine schwere Belastung des Gewerbes, sie bedrohen dieses geradezu mit dem Untergange. Denn die einzelnen Bestimmungen sind praktisch undurchführbar; wer aber ihnen nicht nachkommt, dem soll der Fahrschein zur Strafe entzogen werden. Einer solchen Bestimmung gegenüber blieb nichts als der Kampf übrig. Trotz aller Quertreibereien haben die Breslauer Droschkenkutscher ihn mit einer Einmütigkeit aufgenommen, die Anerkennung und Bewunderung hervorrufen muß. Und mit dieser Einigkeit werden die Kämpfenden ausharren, bis ihnen Gerechtigkeit geworden ist.

* * *

Als wir gestern, Montag Abend, der öffentlichen Droschkenbesitzer- und Kutscher-Versammlung, die im „Goldenen Zepter" stattfand, zustrebten, rief uns ein Vorfall auf der Klosterstraße so recht eindringlich die Wirkungen des alle Breslauer beschäftigenden Streikes ins Gedächtnis. Auf dem Fahrdamm stand ein rüstiges Dienstmädchen, das von zwei Jungen begleitet war. Letztere zogen einen kleinen Ziehwagen, auf dem sich zwei dem Mädchen gehörende Koffer befanden. Plötzlich brach der morsche Wagen zusammen, die Koffer fielen auf den Fahrdamm. Ratlos und im Regen stand das arme Mädchen, die bei ihrer neuen „Herrschaft" antreten wollte, dabei, bis sie dann zu dreien den Wagen wieder notdürftig zusammenflickten, um mutbeseelt weiter zu ziehen. Wir konnten das tragikomische Schauspiel nicht länger mit ansehen, wahrscheinlich wird es aber manchem anderen Dienstmädchen am gestrigen Tage ähnlich ergangen sein. Und wem haben sie das zu danken? Doch nur der strengen Polizei, die nicht einmal den Damen gegenüber galante Ritterdienste üben will, sondern hartnäckig auf ihrem harten Schein besteht.

Trotzdem erst um 9 Uhr die Versammlung angesetzt war, füllte sich schon um 8 Uhr der geräumige Saal im „Goldenen Zepter". An den Tischen konnte man Gespräche hören, die oft einen sehr, sehr drastischen Charakter trugen, soweit es die hohe Obrigkeit betraf. Und da diese nun einmal die Ursache der Bewegung bildet, so ist es kein Wunder, daß der Gesprächsstoff schier kein Ende nehmen wollte. Alle fühlten: Unsere Existenz steht auf dem Spiele. Koste es was es wolle, wir streiken weiter! Einer sagte: die Fahrordnung verlangt nicht mehr und nicht weniger, als daß wir zwanzig Stunden täglich arbeiten sollen. In allen war das Bewußtsein geschärft worden: Ja, ja, lange genug haben wir geschlafen! Wir müssen uns organisieren!! Nur dann bekommen wir Rechte! Es war eine reine Freude, das alles mit anzuhören und anzusehen. Und der Verlauf der Versammlung, die Begeisterung für ein solidarisches Zusammenarbeiten aller in ihrer Existenz bedrohten Arbeiter und Besitzer, rechtfertigte vollauf unsere Eindrücke.

Wir geben nachstehend ein ungefähres Bild der Verhandlungen:

Der Vorsitzende des Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter-Verbandes, Hermann Zimmer, hatte über den gegenwärtigen Stand des Streiks das Referat:

Redner verlas eingangs seines Vortrages eine in einem Berliner Blatte erschienene aus Breslau stammende Notiz, die sich mit dem Streik der hiesigen Droschkenführer beschäftigt und aus der erhellt, daß letztere sich die polizeiliche Bevormundung nicht gefallen lassen würden und könnten. Redner bemerkt weiter, die Breslauer Droschkenkutscher und Besitzer gebrauchten keine Fahrordnung und zwar um deswillen schon nicht, weil dieser Stand sowieso unter den schwierigsten Erwerbsverhältnissen zu kämpfen habe. Es genüge vollauf, wenn das Gespann dem Publikum zur Verfügung gestellt werde. Man fahre mit der Droschke überhaupt nur, wenn es nicht anders gehe. Das Automobil spiele im Verkehrsleben bereits eine große Rolle, wenn es sich durchweg auch nur die Reichen leisten könnten. Die Droschken dagegen gelten doch im wesentlichen für die Fremden, die sich aber über die bisherigen Zustände im Fuhrwesen sicherlich noch nicht beschwert hätten. Es könne sich tatsächlich auch niemand über Mangel an Droschken in Breslau beschweren. Wenn man im Verordnungswege verlangt hätte, daß im Zentrum der Stadt und vielleicht auch in den Vorstädten mehr Droschken als bisher zur Verfügung ständen, so hätte man diesem Bestreben eine gewisse Berechtigung zuerkennen können. Es gehe aber unter keinen Umständen, jemanden zu zwingen, auf dem jeweiligen Stande dem Publikum die Droschken stets zur Verfügung zu stellen. Das praktische Leben stelle an die Droschkenführer und Besitzer ganz andere Anforderungen. Wenn das Polizeipräsidium aber nun einmal die Fahrordnung durchgeführt wissen wolle, dann hätte es die davon betroffenen Kreise entschädigen müssen. Das würde aber wohl nicht geschehen. Die Droschkenkutscher ließen sich nicht wie die Rekruten kommandieren. Die Polizeiverordnung sei ein eklatanter Ein-

Ich bekenne.

Die Geschichte einer Frau.

Von Clara Müller-Jahnke.

3] (Nachdruck verboten.)

Mit dem Fliegen war es also nichts; so versuchte ich nun zunächst, wieder auf den Rand des Nestes hinaufzuklimmen. Sei es aber, daß ich bereits müde war, sei es, daß mich der Schwindel bedrohte, — der Versuch mißlang. Da brach mein ganzer Mut zusammen; ich schrie und schrie erbärmlich, gellend und durchdringend, und mein Jammergeschrei wurde von niemandem gehört. Endlich, nach einer langen bangen Ewigkeit, als die Dachdecker die durch die Mittagspause unterbrochene Arbeit wieder beginnen wollten, mag wohl einer von ihnen in den Lüften droben ein jämmerlich winselndes Stimmchen gehört haben und dem Laut nachgegangen sein; wenigstens beugte sich plötzlich ein bärtiger Männerkopf, der mir wie das Antlitz eines direkt vom Himmel herabgesandten Engels erschien, in das Nest herab, ein tiefes verwundertes: „Dunnerschock, so'n Frugensminsch!" erklang unmittelbar über meinem verweinten, nach oben gewendeten Gesicht, und zwei kräftige Arme packten mich um den Leib. Dann wurde ich unter einem lauten Halloh hinabgeholt, bekam eine gepfefferte Strafpredigt und verkroch mich beschämt in den Kaninchenstall. Bald aber wurde ich wieder guten Mutes, da weder Fritz noch Ehrich die Courage besaßen, mir meine Bergpartie nachmachen zu wollen, und erklärte stolz, daß, wären die Störche dagewesen, ich mich auf den allergrößten hinaufgesetzt und direkt ins Aegypterland geflogen sein würde. Ja, wenn die Störche dagewesen wären! Ich wäre wohl kaum lebendig in das Nest, viel weniger noch wohlbehalten wieder hinausgekommen.

Seitdem, Du, hab' ich von den schwindelnden Schroffen des Zugspitzgebiets in das grauenvolle Tal der Hölle hinabgeschaut, bin ich unter dem Donnergeroll der Lawinen über das blinkende Eisgereis geschritten: einen solchen Stolz und eine solche Furcht habe ich angesichts aller Schrecknisse einer kräfteüberschäumenden Natur nimmer wieder empfunden wie damals als Kind in dem stillen Storchnest meines väterlichen Scheunendaches.

Es gab übrigens kein Hindernis, an dem ich meine Kräfte nicht versucht hätte. Da war kein Graben so breit, kein Baum so hoch, daß ich ihn nicht genommen hätte. Als ich eines schönen Sommertages verstohlen in die Kirschen gegangen war, glitten meine Füße auf den schwankenden Aesten aus, und ich hielt mich fünf Minuten lang schwebend mit der einen Hand fest, bis die Füße endlich einen Stützpunkt gefunden hatten. Der Arm war natürlich ausgerenkt. Trotzdem habe ich den Schmerz bis zum Abend zu verbeißen vermocht, habe über den Vorfall trotzig geschwiegen, bis ich während der Nachtmahlzeit laut stöhnend am Eßtisch zusammenbrach .... Auf Schlitten bin ich über blitzendes Eis geflogen, über Eis, das unter mir knisterte und schwankte wie ein wildbewegtes Meer. Und krachend sprang eine Spalte auf, und mit rasender Kraftanstrengung schleuderte der schöne Erich meine kleine Person über den geborstenen Spiegel hinweg, daß sie mit einem Schwunge bis zum Ufer des Teiches glitt.

Ein gellender Aufschrei erklang — —

Der tapfere Junge griff mit den in groben wollenen Faustfandschuhen steckenden Händen in das zackige Eis, das unter seinem Griffe, Stück für Stück, zerbrach, zerbröckelte, absprang, — und die kalte Flut ging über ihn hinweg und saugte sich in seine flauschige Winterjacke ein und zog ihn hinab ....

„Erich, Erich!"

Er hob das Gesicht und lachte. Ich sah es deutlich von meinem sicheren Standpunkte aus. Und meine verunglückte Storchnestpartie kam mir ganz winzig und erbärmlich vor gegen seinen Heldenmut. Ich wollte ihm zu Hilfe eilen, aber meine Glieder waren wie gelähmt. Und da im letzten bedrohlichsten Augenblick, als mir der Atem zu stocken drohte, da, mit einem Mal stand mein Held auf dem krachenden Eise, jauchzend, winkend, triumphierend: der Sieger von Mantinea!

Gerettet!

Der Schlitten lag den ganzen Winter über eingefroren im Gartenteich — und das war der Jammer bei dieser Geschichte.

Und einmal bin ich sogar durchgebrannt gewesen, zu den Pächterskindern im Nachbardorf, mit denen ich Birkenwein fabrizieren wollte. Einen ganzen Tag lang bin ich verschwunden gewesen, und meine Eltern haben in tödlicher Angst Teich und See mit Haken und Stangen absuchen lassen, ohne selbstverständlich die geringste Spur von mir zu entdecken.

Du, dieser Tag!

Ein lichter Maitag war's, und ich erinnere mich genau an jede Einzelheit.

Ohne Hut und Tuch war ich hinaus gelaufen, die liebe Sonne lachte mir gerade in's Gesicht. Mitten durch die grünen Roggenfelder lief ich und riß die Mohnstauden mit Wurzel und Knospen aus. Und dann schrie ich im Freudegefühl der erstohlenen Freiheit laut auf, ein Mal, zwei Mal, drei Mal — das klang und hallte aus allen Himmelsfernen wieder, als ob die beflügelten Englein da oben sich mit mir meiner Freiheit freuten. Ich ging, wohin ich wollte, in die weite, weite Welt, und niemand wußte davon! Ich saß im Straßengraben, plauderte mit den verzauberten Eidechsen und erzählte ihnen, daß ich ausgerissen sei und daß niemand wisse, wo er mich suchen solle. Auf diese Weise wurden aus der halben Stunde Weges, die ich zurückzulegen hatte, um an mein Ziel zu gelangen, reichlich deren zwei. Und als ich ankam in C., hab' ich zum ersten Mal im Leben eine Lüge gesagt, indem ich seelenvergnügt einen Gruß von meinen Eltern bestellte. Um dieser Lüge willen mag der Tag mir auch besonders im Gedächtnis verblieben sein. Frau v. L. sah mich einen Augenblick so forschend an, daß mir heiß und flutend das Blut ins Gesicht stieg.

„Hast Du denn den Hut verloren unterwegs?"

Rasch und trotzig erwiderte ich: „Ich hab' ihr vergessen!"

Ein Lächeln ging über die gütigen Züge der Frau; sie nahm mich bei der Hand und führte mich ins Speisezimmer, wo meine Spielkameraden mich mit lautem Jubel empfingen. Ich erhielt ein Glas voll köstlicher Limonade und ein mit Kräuterkäse dicht bestreutes Butterbrot, einen Leckerbissen, dessen Genuß mir freilich beim ersten Bissen durch den Gedanken verbittert wurde: Du hast ihn mit einer Lüge verdient! Beim dritten Bissen aber siegte der Appetit. Und wie ich einschlug! — Nach dem Frühstück ging es in den Park hinaus, in das frischgrüne Birkenwäldchen. Der Max, ein lustiger, stämmiger Bengel von dreizehn Jahren, der den Führer machte bei allen unseren dummen Streichen, trug die Flasche, in die das Birkenblut fließen sollte, sorglich unter der Jacke verborgen. Ein hohes, schlankes, weißes Bäumchen war zum Opfer ausersehen. Heute tut mir das Herz weh, wenn ich daran denke ....

Die Birke, aus der wir unseren Honig sogen, ist längst verdorrt, und meine Lüge hat der Wind verweht. Ich weiß nicht mehr, ob wir den Birkenwein wirklich getrunken, viel weniger noch, wie er geschmeckt hat. Ich weiß nur, daß der Sommertag zu Ende ging und daß ich müde und bestaubt den abenddunklen Weg nach Hause wanderte. Dort fand ich alles in Tränen aufgelöst. Mein Vater, dem mein Wiedererscheinen bereits gemeldet worden war, erwartete mich im Wohnzimmer voll schweigenden Zorns.

Ich blieb auf der Schwelle stehen, weil die Luft in dem Zimmer mir merklich dumpf und unheimlich vorkam.

„Komm näher," sagte mein Vater.

Ich rührte mich nicht.

„Na — wirds bald?"

Da fragte ich ganz kleinlaut, was ich denn eigentlich solle.

„Prügel sollst Du haben, unnütze Göhre Du ..."

Wie zu Stein geworden stand ich da, bis eine dritte, sehr entschiedene Aufforderung, näher zu treten, mich aus meiner Erstarrung emporriß. Die Zumutung, daß ich mir die zugedachte Prügel selbst holen sollte, erschien mir so komisch, daß ich plötzlich in ein lautes, unbefangenes Lachen ausbrach.

Damit war der drückenden Situation ein Ende gemacht.

Wenn der Berg nicht zu Mahomet kommen will, so geht Mahomet eben zum Berge ....

Mitunter verspüre ich die damals empfangenen Schläge noch heute im Vormitternachtstraum; die blauen Flecke freilich hab' ich längst verwunden, das Bewußtsein einer Zeit ist mir geblieben, in der meine Kraft noch ungebrochen war.

Seitdem, o Du, seitdem .....

Lege mir für einen Augenblick nur Deine segnende Hand über die Augen. Und nun komm: ich führe Dich die holprige Dorfstraße hinauf.

(Fortsetzung folgt.)

griff in die persönliche Freiheit. Durch Reichsgesetz sei doch den Bürgern die Gewerbefreiheit garantiert. Wo bliebe die hier? Die jetzt erlassene Polizeiverordnung sei noch schärfer als die von 1900. Im Jahre 1904 suchte man eine bestimmte Auffahrtszeit festzusetzen, aber die damals im Gewerkschaftshause tagende Versammlung der Interessenten erklärte entschieden: nicht eine Auffahrt- sondern eine Abfahrtszeit müsse festgesetzt werden.

Dadurch würde am besten der Uebelstand der Tag- und Nachtfahrten beseitigt. Jeder Kutscher wolle doch soviel wie möglich verdienen, sich also dorthin stellen, wo es etwas zu verdienen gebe. Wenn er sich aber auf dem ihm zugewiesenen Platz immer aufhalten solle, wo er nichts verdienen könne, dann bliebe ihm nichts anderes übrig, als 12—14 Stunden und länger unter polizeilichem Schutz zu schlafen. (Heiterkeit.)

Es sei bei dieser Streikbewegung der Vorwurf mit Recht erhoben worden, daß die interessierten Kreise sich zu spät um ihre gefährdeten Rechte bekümmert hätten. Man sollte nicht glauben, daß den Bedrückten ohne weiteres geholfen würde. „Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube." Das Telegramm an den Kaiser, der um Eingreifen in dieser Sache ersucht wurde, sei verfehlt gewesen. Auch der Handelsminister sei ja um Aufhebung der Polizeiverordnung ersucht worden. Die Minister seien jedoch häufig nicht zu Hause, sie reisten im Lande umher. Man habe deshalb schon empfohlen, einen Reiseminister anzustellen. Wahrscheinlich habe der Handelsminister eine schriftliche Beschwerde nicht erhalten. (Zuruf: Doch!) Ja, dann verstehe er nicht, weshalb der Minister einen schriftlichen Bericht eingefordert habe. Es sei eine bekannte Tatsache, daß Gesetze und Verordnungen, die bestimmte Berufs- oder Erwerbszweige schwer schädigten, nur durch energisches Eingreifen beseitigt werden könnten.

Als tief beschämend für die ganze Bewegung bezeichnet Redner die Tatsache, daß infolge des Telegramms des Handelsministers überall Zettel verbreitet worden und zwar des Inhalts, ruhig weiter zu fahren, also nicht in den Streik einzutreten. Die Kommission habe ihre Einwilligung zu dem Druck dieser Zettel nicht gegeben. Die Urheber dieser Machinationen müßten auf das schärfste getadelt werden. Gerade diese Herren, die mitten im praktischen Leben ständen, müßten wissen, daß sie sich gegen ihre Kollegen schwer versündigt hätten. Das Telegramm des Handelsministers sage nur mit dürren Worten: Es solle nichts geschehen! Zimmer stellt dann eine Lüge der „Schles. Zeitung" richtig, die in ihrem Bericht sage, der „sozialdemokratische Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiterverband habe zum Streik geschürt". Nein, aus der Mitte der Versammlung wurde der Antrag gestellt, über den Streik abzustimmen. Und dieser Antrag sei einstimmig angenommen worden. Die Versammlung konnte nicht anders handeln. Es sei unwürdig, wenn Männer um ihr Recht betteln müßten:

Nur der verdient die Freiheit wie das Leben.
Der täglich sie erobern muß!

Der ganze Stand müsse vernichtet werden, wenn die Polizeiverordnung in Kraft bleibe. Selbst ein hochgestellter Herr habe zu ihm (Redner) gesagt, daß die Fahrordnung unmöglich aufrecht zu erhalten sei. Es sei weiter beschämend, daß einige Besitzer ihre Privatgespanne gegen Bezahlung zu Fahrten hergegeben hätten, trotzdem keine Konzessionen beständen. Dann könnten aber doch die paar Gaulwagen nicht so viel wie etwa 50 Droschken einbringen. Das Verhalten dieser Besitzer (es sind die Herren Brüwer, Zadek und Pichotta) bedeute nichts anderes als den streikenden Kollegen in den Rücken zu fallen. Dies Kainszeichen an der Stirn würden sie niemals wieder abwaschen. Redner erwähnt dann, daß wie 1900 auch diesmal wahrscheinlich ein Opfer der Bewegung zu verzeichnen sei. Ein Kutscher beim Besitzer Winter sei bis zur Stunde verschollen.

Eine Gemeinheit sei es, daß den Ankommenden auf den Bahnhöfen über die Ursachen des Streiks nicht die Wahrheit gesagt werde. Man lüge, die Besitzer bezw. Kutscher forderten eine höhere Taxe. Die Berichterstatter möchten das richtigstellen.

Zum Schluß seines Vortrages empfiehlt der Referent, in den nächsten Tagen eine Anzahl öffentlicher Volksversammlungen in verschiedenen Stadtteilen abzuhalten, um das Publikum über die Sachlage aufzuklären, d. h. warum gestreikt würde. Er sei überzeugt, alle Menschen würden die Kämpfenden moralisch und materiell unterstützen. Es heiße, alle, die am 1. April nicht aufgefahren seien, sollten einen Strafbefehl von 15 Mk. erhalten. Vielleicht habe sich nur ein Spaßvogel diesen Witz erlaubt. Aber wenn das der Fall sei, so wäre das sehr gut. Man würde dann einfach empfehlen, statt die Geldstrafe zu bezahlen, die Haftstrafe dafür abzubüßen. Dann würde der Streik einfach 5—6 Tage länger dauern, weil die Kutscher im Loche säßen. (Große Heiterkeit und Beifall.) Zimmer forderte dann noch zum einmütigen Handeln auf, der Handels- und Verkehrs-Arbeiter-Verband würde die Kämpfenden nach besten Kräften unterstützen.

Der Vortrag fand lebhaften Beifall. In der Debatte nahm zunächst der Droschkenbesitzer Krummhaar das Wort, um sein volles Einverständnis mit dem Referate zu bekunden. Nur wollte er die Besitzer Rieger und Fröhlich in Schutz genommen wissen, die nur um Zeit zu gewinnen, die Aufforderung zum Weiterfahren erlassen hätten. Ihr Wille sei der beste gewesen. Im übrigen erklärt der Redner, daß, wenn auch der 1. April 10,000 Mark gekostet hätte, fernerhin zwischen Besitzern und Kutschern Solidarität herrschen müsse. Die Verordnung müsse fallen. Der Handelsminister habe entweder die Verordnung ad akta gelegt oder den Ernst der Lage nicht begriffen. (Beifall.) Der Besitzer Pichotta versichert auf Ehrenwort, daß er weder an Bahnhöfe noch an Hotels angefahren habe oder umgekehrt, sondern nur Fahrten für Hochzeiten, Beerdigungen rc. machte. Der Vorsitzende Senf meint nach dieser Erklärung, daß ein Irrtum bezüglich Pichotta doch vorliegen könne. P. habe noch heute abgelehnt für Hotels zu fahren. Redner rügt dann scharf, daß der Besitzer Zadek zuerst für den Streik gestimmt habe, nunmehr aber seine Kutscher scharf mache. Hoffentlich wüßten letztere, was sie zu tun hätten. Nachdem noch mehrere Redner kurz zur Sache gesprochen, wird eine von Zimmer begründete Resolution eingebracht, wonach zusammen mit dem Komitee und dem Verbande ein aufklärendes Flugblatt über die Ursachen und den Stand des Streiks in Breslau verbreitet werden soll. Außerdem sollen die vorgeschlagenen Volksversammlungen in den nächsten Tagen abgehalten werden.

Schließlich wird ein Generalstreikkomitee gewählt, dem nicht nur die 9 Kommissionsmitglieder angehören sollen, sondern in das auch vom Verbande die Kollegen Zimmer und Senf gewählt werden. Der Besitzer Rieger legt sein Kommissionsmandat mit den Worten nieder: „Undank ist der Welt Lohn". Es sei hierzu bemerkt, daß er vom Referenten mit Recht scharf angegriffen wurde. Schaden wird diese Mandatsniederlegung sicher nicht anrichten. Im Gegenteil! Nach Erledigung dieser Angelegenheiten wurde die musterhaft verlaufene Versammlung geschlossen.

Der Streik dauert also unverändert fort!

* * *

Als wir um Mitternacht nach Hause trabten und die Hauptverkehrsstraßen und Bahnhöfe passierten, fanden sich wohl überall patrouillierende Schutzleute, aber von Droschken war ringsumher nichts zu entdecken. Wir sind überzeugt, selbst der Polizeipräsident hätte keine bekommen, was doch immerhin schon etwas besagen will, weil dadurch die „Autorität" entschieden untergraben wird. Schade!

* * *

Noch einen letzten Versuch, Entgegenkommen zu finden, glaubten die Streikenden machen zu müssen und es begaben sich deshalb am Montag Vormittag als neun Mann starke Deputation, aus Droschkenbesitzern und Kutschern bestehend, in das alte Palais auf der Schuhbrücke, wo sie vom Dezernenten des Droschkenwesens, dem Regierungsrat Frost, empfangen wurden. Sie baten um Aufhebung oder doch wenigstens um Abänderung der Fahrordnung, da diese in ihren wesentlichsten Bestimmungen einfach undurchführbar sei. Der Vertreter des Polizeipräsidenten erwiderte darauf, er könne zur Zeit an dem Stande der Sache nichts mehr ändern. Nachdem der Bezirksausschuß die Verordnung bestätigt habe, sei dem Polizei-Präsidenten jede Möglichkeit genommen, von seiner Seite aus allein die Fahrordnung aufzuheben. Er könne, zumal der Minister ja Bericht eingefordert habe, den Streikenden nur den Rat geben, den Kampf abzubrechen und die Entwickelung der Angelegenheit ruhig abzuwarten. Erst wenn dies geschehen sei, wolle er für seine Person gern über eine Abänderung der Verordnung mit den Interessenten sich ins Benehmen setzen. (Wie gütig!) Unter dem Drucke des Streiks aber könne das Polizei-Präsidium unmöglich verhandeln. Uebrigens habe man ja bei der Einrichtung der Auffahrtszeiten, die für Gruppe I von 8 bezw. 9 Uhr Vormittags bis 11 Uhr Abends, für Gruppe II von 1 Uhr Mittags bis 2 Uhr Nachts und für Gruppe III von 9 Uhr Abends bis 10 Uhr Vormittags festgesetzt sei, einer Anregung der Droschkenbesitzer gefolgt, die zu einer vorbereitenden Beratung am 15. April 1904 hinzugezogen worden seien. Die ebenso interessierten Droschken-Führer hat man natürlich überhaupt nicht zu hören für gut befunden. Wie übrigens die „Schlesische Zeitung" zu melden weiß, war bis Montag Mittag im Polizeipräsidium die im Rieger-Telegramm angekündigte Aufforderung zur Berichterstattung noch nicht eingetroffen. — Man sieht, wie recht die Droschker daran taten, sich nur auf sich und ihre eigene Kraft zu verlassen.

* *

Ueber verschiedene Beobachtungen am Oberschlesischen Bahnhofe erhalten wir folgendes Stimmungsbild: Mittags zwischen 1 und 3 Uhr kommen auf dem hiesigen Hauptbahnhofe kurz nacheinander eine ganze Reihe von Zügen aus den verschiedensten Gegenden an, die namentlich in diesen Tagen des Quartalswechsels eine große Menge von Ankömmlingen nach Breslau führen. Ich habe mir deshalb absichtlich diese Zeit ausgesucht, um auf dem Vorplatze des Bahnhofes Beobachtungen über die Wirkungen des Droschkerstreiks zu machen. Als ich den weiten Vorplatz betrat, war das erste, was mir in die Augen fiel, die schier unübersehbare Reihe von Handkarren verschiedenster Art, die vor dem Westflügel des langgestreckten Empfangsgebäudes aufgefahren waren, um wenigstens einigermaßen einen Ersatz für die gänzlich fehlenden Droschken bei der Wegschaffung des Gepäcks der eintreffenden Reisenden zu bieten. Sonst hält die Schutzmannschaft mit der bei ihr gewohnten Strenge darauf, daß ja nicht ein solches Vehikel auf dem Vorplatze, den Verkehr hindernd, stehen bleibe. Heut aber drückte man nicht nur eins, man drückte beide Augen zu, und gab Anweisung, wie diese Handkarren sich aufstellen hätten; ja als einer der Wagen nicht so recht von der Stelle wollte, griff der patrouillierende Posten selbst mit an, um ihn an Ort und Stelle schieben zu helfen.

Der Platz wimmelte von Dienstleuten; auch für sie war die strenge Platzordnung anscheinend dispensiert; meist machten sie ganz vergnügte Gesichter, nur einer klagte darüber, daß den Hauptrebbach schließlich doch allein die Paketfahrtgesellschaft machen werde. Mit Koffern und Gepäckstücken aller Art beladen strömten von den Haltestellen hunderte von Reisenden über den Platz dem Bahnhofe zu; man sah es vielen an, daß sie es sonst gewohnt waren, im Wagen zum Bahnhofe zu fahren. Es war ein eigenartiges Bild, das sich dem an der Vestibül-Lampe stehenden Beobachter bot. Wo sonst Droschke nach Droschke heranrollte, Wagenschläge in ununterbrochener Reihe geöffnet und geschlossen wurden, da herrschte jetzt völlige Ruhe, die nur ab und zu von einer vorfahrenden Zweispännerequipage mit einem pelzverbrämten Livreediener unterbrochen wurde, so weit es nämlich den größeren Hotels gelungen war, ihren Gästen ein mühsam aufgetriebenes Privat-Fuhrwerk zur Verfügung zu stellen. Sonst aber war weit und breit nicht eine, auch nicht eine einzige Droschke zu sehen; wie von der Erde verschwunden waren die charakteristischen Gestalten der Droschkenkutscher mit ihren in allen Farben schillernden Regenmänteln. Nur da und dort verriet ein verwittertes, wettergebräuntes Gesicht unter den Zuschauern, daß die Droschker, als Streikposten wenigstens, doch auch auf dem Platze waren.

Wie ich so beobachtend stand, beschlich mich ein Gefühl, das ich früher oft am Karfreitag beim Trauergottesdienst in der katholischen Kirche empfunden habe. Alles wie sonst: die sich drängende Menge der Beter, dieselbe Feierlichkeit der gottesdienstlichen Handlung, der sinnbetörende Gesang, aber kein Lichterfunkeln, kein Orgel- und auch kein Glockenklang: ein Gefühl der Leere. So war auch mein Gefühl, das die Beobachtungen auf dem Bahnhofsplatze in mir auslösten. Ein unaufhörlich hin und wieder strömender Verkehr mit all seinem Lärme, und doch dies Gefühl der Leere. Ein wichtiger Faktor des Verkehrs fehlte eben.

Und nun strömten die Massen der Ankommenden aus dem Bahnhofe. Zuerst die Erst- und Zweitklassigen. Droschken wollen sie haben. Die Schutzleute, von denen sie sonst erfahrungsgemäß die Fahrmarken erhalten, wurden bestürmt. Sie zuckten die Achseln. Unmutige, indignierte Gesichter. Man mußte sich schon bequemen, mit dem bißchen Gepäck höchst eigenfüßig hinüber zu einer Haltestelle zu gehen und dann — shoking! — mit all dem Plebs zusammen die Elektrische zu benutzen. Besonders ein alter Herr fiel mir auf, der mit tiefempörtem Gesicht auf den Schutzmann einredete und sich immer wieder umsah, ob nicht, da er doch gekommen sei, alles in Bewegung gesetzt werde, ihm eine Droschke zu verschaffen. Ein junger Offizier aus der benachbarten Garnison nahm die Sache weniger tragisch, er strahlte offenbar der Freude darüber, daß er nun auch einmal gezwungen sei, nach Art der sonstigen Sterblichen das Pflaster Breslaus zu treten. Dann kam die dritte Klasse: die Geschäftswelt. Sie haben es alle eilig. Aber es half nichts, sie mußten sich in Geduld fassen, bis ihre Musterkoffer auf einem Handkarren verstaut waren, und sie nun langsam trottend nebenhergehen durften, ganz wie in Krähwinkel. Für die Reiseonkel natürlich eine unerschöpfliche Quelle für neue Witze. Und endlich die vierte Klasse: mit Kisten und Laden. Ratlos sammelten sie sich an der Rampe und lange dauerte es, bis sie sich endlich allmählich verlaufen hatten.

Als ich eine Stunde später den Bahnhofsplatz wieder passierte, lag er tot und verlassen da, nicht ein Pferdeschwanz war zu sehen. Nur ein Witzbold trat an den einsam auf- und abwandelnden Schutzmann heran und rief ihm zu: „Sie Herr Sergeant, helfen Sie mir doch, eine Droschke hat mich angefahren!"

So haben in einem eigentümlichen Sinn die Breslauer Droschker das Wort zur Wahrheit gemacht: Wenn dein starker Arm es will, stehen alle Räder still — Droschkenräder nämlich.

Politische Uebersicht.

Geheime Akten. „Reform"bestrebungen in Preußen-Deutschland, besonders wenn sie von den offiziellen Stellen ausgehen, darf man immer von vornherein mit einer nicht zu kleinen Portion Mißtrauen entgegennehmen. Für gewöhnlich stellen sie sich als das gerade Gegenteil einer Reform, die doch einen Schritt vorwärts bedeuten soll, heraus; meistens bezeichnen sie mehrere Schritte zurück. So ist es neuerdings bei der preußischen Wahlrechtsvorlage, und so ist es bei den Beratungen der Kommission für die Revision des Reichsstrafrechts. Was in dieser Körperschaft an reaktionären Ideen aufgetaucht ist, grenzt schier ans Unglaubliche, man würde es nicht für möglich halten, wüßte man nicht, daß es sich eben um eine Kommission zur Verbreitung einer Gesetzesänderung in Deutschland handelt. Erst jetzt wieder macht in der „Deutschen Juristenzeitung" Justizrat Dr. Stranz-Berlin auf einen solchen Fall aufmerksam. Er schreibt:

„Der Abschnitt 11 des ersten Buches unserer Strafprozeßordnung trägt den Titel: „Verteidigung." Werden die einschlägigen Beschlüsse der Strafprozeßkommission Gesetz, so müßte meines Erachtens der Titel lauten: „Einschränkungen der Verteidigung." In entscheidenden Punkten soll die Verteidigung geschwächt werden. Hier ein Hauptpunkt. Der § 147 der Strafprozeßordnung soll in seinem Absatz 1 folgende Fassung erhalten:

Der Verteidiger ist nach Eröffnung der Voruntersuchung und falls eine Voruntersuchung nicht stattgefunden hat, nach Einreichung der Anklageschrift zur Einsicht der Untersuchungsakten sowie der dem Gerichte vorliegenden Akten, soweit sie mit der Untersuchung im Zusammenhang stehen, befugt.

Die gesperrten Worte bilden im wesentlichen das Neue. Vertrauliche Beiakten sollen demnach geschaffen werden. (!) Die Einsicht von Verwaltungs-, Polizei-, Personalakten usw. soll dem Verteidiger, wiewohl sie dem Gericht vorliegen, nur gestattet sein, soweit sie mit der Untersuchung im Zusammenhang stehen. Diese Bestimmung bedeutet, in die Praxis übersetzt: die Einsichtnahme bleibt dem Verteidiger verwehrt, soweit ihr Inhalt nicht ganz harmlos ist. Vergeblich sind in der Kommission die gewichtigsten Gegengründe geltend gemacht worden. Besteht doch die Gefahr, daß die Richter auch die Teile der Beiakten, welche der Kenntnis des Verteidigers vorenthalten worden, ihnen aber bekannt sind, bei der Beratung, wenn auch unbewußt, mit berücksichtigen. Sind die Beiakten bedeutungslos, so möge das Gericht sie zurücksenden. Behält sie das Gericht, so muß es ihnen doch wohl Bedeutung beilegen. Wie dürften sie gerade dem ein verschlossenes Buch bleiben, für dessen Schicksal sie ausschlaggebend werden können? Trotzdem wurde der Vorschlag mit neun gegen neun Stimmen angenommen. (!) Ein schwerwiegender Vorschlag! Man denke nur an die Entstehung solcher Beiakten. Ohne Kontrolle durch den Betroffenen füllen sie sich mit Angaben, die nicht selten auf Mißverständnissen, Verwechselungen, Anfeindungen beruhen, und die meist von untergeordneten Beamten herrühren. Dieser Vorschlag wird hoffentlich nie Gesetz."

Die Oeffentlichkeit des Gerichtsverfahrens — und dazu gehört vor allem, daß der Angeklagte weiß, was an belastendem Material gegen ihn vorliegt — wird auf diese Weise wieder durch das schriftliche, geheime Verfahren auf Umwegen beseitigt. Nur ein Schritt noch, und die Kommission bringt schließlich sogar die alte Feme wieder.

Wie die Kulturaufgaben in Preußen — nicht leiden. Der „Tägl. Rundschau" wird über Schulzustände in Pommern, die durch ihr Elend geradezu zum Himmel schreien, folgendes geschrieben:

„Kälteferien haben die Schulkinder in Neu-Balm in Pommern: zwar nicht wegen der kalten Witterung draußen, sondern wegen der Kälte in der Schulstube. Die Schule kann nämlich nicht geheizt werden, weil kein Brennstoff vorhanden ist. Der Mangel soll, wie uns mitgeteilt wird, auf den nassen, regnerischen September zurückzuführen sein. Der Gutsbesitzer hat nämlich die Verpflichtung, bis zum 1. Oktober die Feuerung für die Schule anzufahren. Durch den nassen September war das Torfmoor so aufgeweicht, daß die Abfuhr des gestochenen Torfes nicht möglich war. Der Lehrer forderte für sich und die Kinder Heizung der Schule. Der Schulvorstand hält sich nicht für berechtigt, mehr Feuerung, als bewilligt war, zu kaufen. Die Schulgemeinde erklärt, sie könne die Mehrkosten nicht mehr übernehmen. Der Gutsbesitzer meint, daß er die Kosten nicht zu tragen brauche, da nicht er, sondern das nasse, regnerische Wetter und die unfahrbaren Wege den Feuerungsmangel geschaffen hätten. Die königliche Regierung soll die Uebernahme der Kosten vorläufig auch abgelehnt haben! Also wurde die Schule geschlossen, und Lehrer und Kinder haben jetzt Kälteferien. So geschehen im Lande des allgemeinen Schulzwanges Ende März 1906."

Wir haben nichts hinzuzusetzen.

Millionen für Wüstensand. Nach der Meldung der „Tägl. Rundschau" wird dem Reichstag nach Ostern eine neue Nachtragsforderung für Südwestafrika zugehen, deren Hauptbestandteil eine Forderung von 10 Millionen zur weiteren Entschädigung der durch den Krieg geschädigten Farmer bilden soll. Da der Schaden insgesamt auf 15 Millionen geschätzt war und bereits 5 Millionen bewilligt wurden, soll also voller Schadenersatz erfolgen. Da es im Schutzgebiet bei Ausbruch des Krieges überhaupt nur zirka 1000 Ansiedler, Farmer und Kaufleute, gab, entfiele auf jeden von ihnen eine Entschädigungssumme von 15,000 Mk., trotzdem sie ihres Landbesitzes ja nicht verlustig gegangen sind. Die Entschädigung stellt also eine nette Prämie für jene Behandlung der Eingeborenen dar, durch die der Aufstand provoziert wurde, der den deutschen Steuerzahlern rund 400 Millionen kostet!

Die Nachricht von dem Rücktritt des preußischen Geistesministers, die kürzlich durch die Presse ging, aber nicht unwidersprochen blieb, wird vom Berliner Korrespondenten der „Münch. Neuesten Nachr." aufrecht erhalten; eine Entscheidung werde aber nicht vor Schluß der parlamentarischen Saison erfolgen; mit dem Rücktritt sei daher erst im Laufe des Sommers zu rechnen. Der Gewährsmann der „Münch. Neuest. Nachr." bestreitet dann noch, daß seine Informationen aus dem Reichskanzlerpalais herrühren. Er behauptet, daß umgekehrt der Reichskanzler bemüht sei, Herrn Studt auf seinem Posten zu halten. Kann schon sein, daß Herr Studt selbst es müde geworden ist, die Geistestaten eines Althoff, des eigentlichen Herrn im preußischen Kultusministerium, mit seinem Namen zu decken und daß er sich deshalb nach Ruhe sehnt, gleichviel welches das Schicksal der Schulverfassungsvorlage sein wird.

„Im Hinblick auf den andauernden Mangel an Lehrkräften" sehen sich die Bezirksregierungen neuerdings vielfach veranlaßt, die Befreiung der Lehrer von militärischen Uebungen, soweit als angängig, zu beantragen. Natürlich sind das alles nur Palliativmittelchen, zu denen man unter dem preußischen Schuljammer greift, um über die unhaltbaren Zustände, so schlecht es eben geht, hinwegzukommen. Zum Schaden unseres Volkes wird der Lehrermangel immer größer, die Ausrüstung der Jugend, besonders auf dem Lande, mit dem notwendigsten Wissen immer schwieriger werden, solange die herrschaftlichen Kutscher der gnädigen Herren Schulpatrone vielfach besser bezahlt werden, als die Landlehrer. Die kulturellen Aufgaben in Preußen-Deutschland leiden zwar angeblich nicht, aber das Geld, das dafür notwendig ist, wird lieber unserem „glorreichen" Kriegsheere und der schönen Flotte zugewendet. Dort ist's auch besser angelegt.

Die Toten von Courrieres und die Tanzhusaren. In Krefeld hat man am Montag ein seltsames Schauspiel gesehen: Wilhelm II. hat ein Regiment Husaren nach Krefeld überführt, um den dortigen „höheren Töchtern" Tänzer zu verschaffen. Er hat dabei auf eine Begrüßung durch den Oberbürgermeister folgende Rede gehalten:

„Ich spreche Ihnen, Herr Oberbürgermeister, meinen herzlichsten Dank aus für den schönen Willkommen, den Sie soeben ausgesprochen haben, und für den großartigen Empfang, den die Stadt dem Regiment bereitet hat. Wenn das Regiment nach einer Campagne und einer gewonnenen Attacke, mit Lorbeeren und Trophäen geschmückt, eingezogen wäre, hätte es schöner nicht empfangen werden können. Der Empfang durch die Bürgerschaft ist mir eine Bürgschaft dafür, daß die Gesinnungen der Bürger Krefelds für ihre neue Garnison in jeder Beziehung den schönsten Hoffnungen entsprechen. — Das Regiment — davon bin ich überzeugt — ist durch den Empfang beglückt und beseeligt und wird bestrebt sein, in der neuen Garnison alle seine Tugenden, die es bisher ausgezeichnet hatten, weiter zu pflegen. Der Stadt Krefeld habe Ich an dem heutigen Tage Mein Wort gehalten. Wenn Ich Mein Wort gebe, halte Ich es auch. Der Stadt habe Ich ihre Garnison gebracht und den jungen Damen ihre Tänzer."

Darauf ritt Wilhelm II. an der Spitze des Regiments nach der Kaserne. Auf dem Hofe waren die — Rettungsmannschaften von Courrieres aufgestellt, denen er auch eine Ansprache hielt. Darin sagte er u. a.:

„Ich habe Euch (!) hierher kommen lassen, um Euch im Namen des gesamten Vaterlandes meinen herzlichen Dank, meine Bewunderung und meine Anerkennung auszusprechen für die Tat, die Ihr ausgeführt habt. Ihr habt bewiesen, daß es über die Grenzpfähle hinaus etwas gibt, das die Völker verbindet, welcher Rasse sie auch seien. Das ist die Nächstenliebe. Ihr seid diesem Gebote und den [illegible] unseres Heilandes gefolgt. Daß sich das bei deutschen Bergleuten von selbst versteht, brauche ich nicht zu sagen. Trotzdem hat es uns alle herzlich gefreut, und darum danken wir Euch für Euere Aufopferung, mit der Ihr für fremde Brüder unter die Erde gestiegen seid. Daß es Euch nicht beschieden war, noch Lebende zu retten, mag Euch nicht betrüben. Die Apparate, die Ihr zurückgelassen, haben dazu beigetragen, daß noch Lebende an die Oberfläche gebracht werden konnten. Als Anerkennung für Euere wackere Tat habe ich beschlossen, Euch am heutigen Tage Auszeichnungen zu verleihen, die Ich Euch hiermit überreiche."

Man hat dem Kaiser einen schlechten Dienst erwiesen, als man ihm riet, die Tanzhusaren und die Grubenproletarier an einem Tage abzufertigen. Die Anlässe zu den beiden Reden sind doch so verschiedener Art, daß man sie besser auf 2 Tage verteilt hätte. Und schließlich: Was mögen die Arbeiter, die jeden Tag ihr Leben in die Schanze schlagen, deren Vertreter vor nicht langer Zeit anläßlich des großen Streiks von 1889 noch die Worte in die Ohren klangen: „Jeder Sozialdemokrat ist gleichbedeutend mit Reichsfeind", was mögen die Arbeiter wohl gedacht haben, als sie nach den Schreckensbildern von Courrieres nun den Aufzug der Tanzhusaren und all die Festivitäten sahen? Sollte das „Allgemeine Ehrenzeichen" wirklich ihre Gefühle aus der Brust vertuschen können?

Der preußische Wahlrechtsverrat. Im Abgeordnetenhause wurde am Montag die Wahlrechtsvorlage in zweiter Lesung erledigt und nach den Kommissionsbeschlüssen, die eine ganz unwesentliche Aenderung der Regierungsvorlage darstellen, angenommen. Immerhin war die Debatte etwas lebhafter, als bei der ersten Lesung. Der freisinnige Abgeordnete Träger, einer der wenigen wirklich „Liberalen" vom alten Schlage, hielt eine recht gute Rede für Einführung des Reichswahlrechts auch für den preußischen Landtag, und er war auch recht glücklich in der Polemik gegen die abgeschmackte Philosophie des neuen Ministers des Innern, der in einer neuen Rede die angeblich engen Beziehungen zwischen Geistesaristokratie und Dreiklassen-Wahlrecht von neuem mit allerhand faulen Phrasen zu entweihen suchte. Gegen die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen erklärten sich außer den beiden konservativen Parteien auch die Nationalliberalen, die ihren Antrag auf Aenderung der Wahlbezirke nach der Bevölkerungszahl und auf Abänderung des Wahlrechts nach der Richtung, daß außer der Steuerleistung auch Bildung und Erfahrung berücksichtigt werden sollen, wiederum eingebracht hatten. Das Zentrum befolgte die nun schon seit Jahrzehnten geübte Taktik weiter sich platonisch für die Einführung des allgemeinen, gleichen Stimmrechts auch in Preußen zu erklären, aber nichts, rein gar nichts zur Verwirklichung dieses Gedankens zu tun. Herr Porsch machte sich dabei den Spaß, die Jämmerlichkeit der Freisinnigen aus der Zeit festzunageln, wo sie noch die beati possidentes (die glücklichen Besitzenden) waren, das heißt mit den Nationalliberalen die Mehrheit im Landtag bildeten. Als Windhorst im Jahre 1873 den Antrag auf Einführung des Reichswahlrechts für den preußischen Landtag gestellt hatte, vereitelten sie die Annahme dieses Antrages durch dilatorische Geschäftsordnungs- und Vertagungs-Anträge. Daß sich diese Jämmerlichkeit des Freisinns nur noch verstärkte, bewies das Eintreten der freisinnigen Volkspartei für die zweite Vorlage, welche nur zum Zweck der Verhütung sozialdemokratischer Obstruktionspläne die Wahlvorschriften ändert. Gegen diese Anti-Obstruktionsvorlage stimmte nur der demokratische Abgeordnete Oeser und die freisinnige Vereinigung unter Führung des Herrn Broemel. Die Resolution der Freisinnigen auf Einführung des Reichswahlrechts wurde in namentlicher Abstimmung mit 188 gegen 81 freisinnige und Zentrumsstimmen abgelehnt. Für den freisinnigen Antrag auf Einführung der geheimen Wahl für die Wahlmännerwahlen stimmte nur noch ein Teil des Zentrums und der Nationalliberalen.

Morgen kommt es bereits zur dritten Lesung der Vorlage. Außerdem steht der Gesetzentwurf betr. die Verstaatlichung des Kalibergwerks Hercynia zur ersten Lesung.

Ein erster internationaler Kongreß für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit findet am 28. und 29. September in Mailand statt. Er will Gelegenheit für einen Ideenaustausch über folgende Gegenstände bieten: Ursachen der Arbeitslosigkeit; Vorbeugungsmittel gegen die Arbeitslosigkeit; Mittel zur Bekämpfung der Folgen der Arbeitslosigkeit. Die Frist für die Einsendung der schriftlichen Mitteilungen über die Gegenstände der Tagesordnung ist auf den 30. Juni d. J. festgesetzt. Dem internationalen Ehrenkomitee gehören aus Deutschland an: Prof. Dr. E. Francke, Herausgeber der „Sozialen Praxis", Dr. Freund, Direktor des Verbandes der deutschen Arbeitsnachweise, und Dr. G. Schanz, Professor an der Universität Würzburg. — Viel Gescheites wird schwerlich bei der Geschichte herauskommen.

Ersatzwahl im Reichstags-Wahlkreis Altena-Iserlohn. Wie das „Bureau Herold" meldet, ist von dem freisinnigen Verein in Iserlohn für den verstorbenen Reichstagsabgeordneten Justizrat Lenzmann Dr. Langerhans-Berlin für den Wahlkreis Altena-Iserlohn in Aussicht genommen. Dr. Langerhans hat bereits den Wahlkreis von 1881 bis 1893 mit einer Unterbrechung von einem halben Jahre vertreten. Ohne nähere Bestätigung erscheint die Meldung, vor allem in Rücksicht auf das hohe Alter Langerhans, wenig glaubwürdig.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 3. April.

* **Arbeiter-Fürsorge des Breslauer Magistrats.** Sein gutes Herz für die städtischen Arbeiter hat der hochwohllöbliche Magistrat hiesiger königlichen Haupt- und Residenzstadt wieder einmal entdeckt und hat ihnen eine Magistratskommission zur Vorberatung von allgemeinen Arbeiter-Angelegenheiten bestellt. Außerdem ist von dem Personalien-Etat ein besonderer Arbeiterpersonalien-Etat abgezweigt und dem Stadtrat Frebrich unterstellt worden. Dieser hat unter Mitzeichnung des Oberbürgermeisters in Arbeitersachen, die an letzteren gelangen, zu verfügen. Zugleich ist er Dezernent der vorher erwähnten Kommission, der alle an den Magistrat gelangenden Arbeitersachen zur Bearbeitung unterstehen: so die allgemeinen Anordnungen der einzelnen Verwaltungen über Arbeitsbedingungen, Arbeitszeit, Lohn, Entlassung, Strafen, Wohlfahrtseinrichtungen, Ruhegehalts- und Hinterbliebenen-Versorgung. Die in der Kommission verhandelten Fragen gelangen nur dann an das Magistratskollegium selbst, wenn Meinungsverschiedenheit in der Kommission besteht. Ihr gehören außer dem genannten Dezernenten als Vorsitzenden noch die beiden Stadtbauräte v. Scholz und Wirtz sowie die Verwaltungsdezernenten des Hafens und des Marstalls Rosenbaum und Dr. Hasse an, ferner Bürgermeister Mühl als Verwaltungsdezernent der städtischen Straßenbahn; endlich können andere Magistratsmitglieder noch hinzugezogen werden, wenn besondere Angelegenheiten aus ihren Dezernaten zu entscheiden sind.

Nun muß sich alles, alles wenden!

* **An unsere Leser in der Schweidnitzer und Gräbschener Vorstadt!** Wer infolge des Kolporteurwechsels in den nächsten Tagen keine Zeitung erhält, wird gebeten, das sofort der Expedition zu melden.

* **Zur Verlegung des Arbeiter-Sekretariats.** Umzugshalber bleibt das Arbeiter-Sekretariat am 3. und 4. April geschlossen und befindet sich vom 4. April ab Nikolaistraße 18/19, 1. Etage.

* **Diejenigen Leser,** welche noch Bücher aus der Zeit vor 1906 von der Bibliothek des sozialdemokratischen Vereins besitzen, werden nochmals dringendst aufgefordert, dieselben sofort zurückzustellen, da die betreffenden Namen sonst laut Bibliotheksordnung § 4 in der „Volkswacht" veröffentlicht werden.

* **Der Kapellmeister ohne Kapelle.** Kapellmeister Mickley hatte mit seiner Damenkapelle für die erste Märzhälfte ein Engagement in Zalenze O.-S., angenommen. In seinem Ensemble herrschte allgemeine Unzufriedenheit, die insbesondere daher rührte, daß er seine Braut des öfteren auf offener Bühne beschimpfte, wenn nicht gar mißhandelte. Diese Braut spielte „blinde Geige," d. h. um das Ensemble möglichst stark erscheinen zu lassen, wurde sie unter die übrigen Damen postiert und hatte dort taktmäßig, mit einem mit Seife eingeschmierten Bogen, der keine Töne zu entlocken vermochte, auf einer Geige herumzufiedeln. Die Behandlung der Braut war eines Tages eine so ärgerniserregende, daß der Herr Kapellmeister samt seinem Ensemble sofort entlassen wurde. Das allgemeine Mißtrauen gegen Mickley, der sich einmal ausgelassen hatte, er wolle die Mitglieder der Kapelle nach Breslau bringen, um sie hier, oder schon auf einer vorhergehenden Station im Stiche zu lassen, hatte zur Folge, daß diese sich Faustpfänder aneigneten, um sich ihr Gehalt zu sichern. Der Pianist raffte sich ein Pack Noten zusammen, die Trommlerin nahm sich das Becken mit und als der betreffende Gastwirt an den Kapellmeister noch 18 Mark herauszahlte, griff rasch die Bassistin zu und brachte das Geld an sich. Sie glaubte sich hierzu um so eher berechtigt, als Mickley ihnen die am 15. März fällige Gage erst am 16. in Breslau auszahlen wollte. Gleichzeitig konstituierte sich das Ensemble neu, unter der Leitung des Pianisten und ist dasselbe vom 1. April ab für den „Zeltgarten" hierselbst engagiert. Auch Mickley hatte ein Engagement für Breslau gefunden, konnte dasselbe aber jetzt natürlich nicht antreten. Vor dem hiesigen Gewerbegericht klagte er nun gegen den Pianisten auf 190 Mk. Schadenersatz und gegen drei Damen auf Konventionalstrafen von 85, 40 und 20 Mark. In der Klage gegen den Pianisten berechnete das Gericht den Schaden, der dem Kläger durch die kontraktbrüchige entstanden war, auf 128 Mark, doch sei der Beklagte für die Kontraktbrüche der Damen nicht verantwortlich. Es entfallen somit auf ihn nur 30 Mark, die er an den Kläger zu zahlen hat. Hiergegen waren 23 Mark Restlohn anzurechnen, sodaß Mickley 7 Mark und die Noten zurückzuerhalten hat. Bezüglich einer der Damen war der abgeschlossene Engagementsvertrag hinfällig geworden, da Mickley ihr die festgesetzte Gage nicht in der vollen Höhe gezahlt hatte. In diesem Falle wurden dem Mädchen auf ihre Widerklage 14.28 Mark Restlohn zugesprochen. In den beiden anderen Fällen wurde die festgesetzte Vertragsstrafe als zu hoch erachtet, und haben die hier in Betracht kommenden Damen abzüglich ihrer Restlöhne noch 4.34 Mark und 3.28 Mark an Mickley herauszuzahlen. Auch das „gepfändete" Becken erhält er wieder und vermag er nun seine Laufbahn als „Kapellmeister" aufs neue zu beginnen.

* **Ethische Gesellschaft.** Am Freitag, den 6. April, Abends 8½ Uhr, findet im Konzerthaus (1. Portal, 1. Stock) der letzte öffentliche Vortrag vor der Sommerpause statt. Fräulein Amanda Sonnenfels, die in den letzten beiden Wintern im Auftrage der städtischen Schuldeputation eine Reihe von Vorträgen vor Lehrern und Lehrerinnen gehalten hat, wird über „Familienerziehung im Gegensatz zur Kollektiverziehung" sprechen. Zutritt für jedermann frei.

* **Eisenbahnunfall.** Der 23 Jahre alte Rangierer Max Riebel verunglückte am 31. v. M. im Bahnhof Klein-Mochbern dadurch, daß er mit einem Fuß in einer Weiche stecken blieb und durch einen Wagen erfaßt wurde. Den schweren Verletzungen ist er nach kurzer Zeit im Allerheiligenhospital erlegen.

* **Selbstmord.** Ein 17 Jahre alter [illegible] wurde am 1. d. M., Nachm., im Keller des Hauses Laurentiusstraße 19 erhängt aufgefunden. — Gestern Abend kurz nach 7 Uhr sprang eine Frau in selbstmörderischer Absicht auf der Uferstraße in die Oder und ertrank.

* **Brände.** Am 31. v. Mts., Abends, gerieten mehrere Haufen Holzabfälle, die auf einer freien Fläche am Tschepinerplatz lagerten, in Brand. Das Feuer griff so schnell um sich, daß die Feuerwehr gerufen werden mußte. An demselben Abend wurde die Feuerwehr nach Laurentiusstraße 20 gerufen, wo in einer Wohnung Kleidungsstücke am Ofen gebrannt hatten. Am 1. d. M., Vormittags, gerieten in einer Dachkammer Ohlauerstraße 67 Lumpen in Brand, die mit einigen Eimern Wasser gelöscht wurden. — In der Parterrewohnung einer Villa in Grüneiche wurde am 2. d. Mts., Vormittags, durch einen Knaben ein Stubenbrand veranlaßt. Die Landspritze der Breslauer Feuerwehr traf rechtzeitig an der Brandstelle ein. Ebenfalls durch Kinder wurden in Wohnungen auf der Pöpelwitzstraße Nr. 81 und 83 Stubenbrände verursacht, sodaß die Feuerwehr gerufen werden mußte.

* **Mißhandlung.** In der Nacht zum 1. d. Mts. fielen auf der Wollwitzerstraße ein Vorarbeiter und vier Arbeiter über zwei andere Arbeiter her und mißhandelten sie. Der eine mußte sich ins Krankenhaus der Barmherzigen Brüder begeben. Der Vorarbeiter mußte gefesselt nach der Wache geführt werden, da er Widerstand leistete. In derselben Nacht wurde ein Sandschiffer durch einen Maurer mit einem scharfen Gegenstand schwer am Kopf verwundet. Der Maurer wurde verhaftet.

* **Gestohlen** wurde aus einem Bäckerladen auf der Friedrichstraße, in welchen sich der Dieb durch eine Seitentür eingeschlichen hatte, eine Kassette mit 28 Mark. Ferner wurden gestohlen einem Haushälter auf der Tauentzienstraße ein Fahrrad, Marke „Stöwers Greif", Nr. 23,496, einem Kellner in einem Geschäft am Ring ein Portemonnaie mit 5.50 Mark, von einem Rollwagen ein Ballen Dowlas im Werte von 70 Mark. Einer Frau auf dem Neumarkt ein Portemonnaie mit 35 Mk. und ein weißes Taschentuch, gezeichnet B. S., ferner 45 Meter schwarzen Seidenstoffes im Werte von 150 Mark. Der Käufer melde sich im Zimmer 58 des Polizeipräsidiums.

* **Polizeiliche Meldungen.** In das Polizeigefängnis wurden am 31. v. Mts. und 1. d. Mts. 54 Personen eingeliefert. — Gefunden wurden: ein goldener Ring, eine Damenuhr und ein Spazierstock. — Abhanden kamen: zwei Hundertmarkscheine und ein Opernglas mit ledernem Etui.

Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

Achtung, Maurer! Für einen wichtigen Prozeß bedürfen wir der Adresse des Maurers Franz Nowack, der bis Ende 1905 in Deutsch-Krawarn und bisher in Breslau wohnte. N. war im vorigen Sommer in Schwientochlowitz Vertrauensmann des Verbandes und ging von da nach Berlin und später wieder nach Oberschlesien. Wer von den Maurern Schlesiens den jetzigen Aufenthaltsort Nowacks kennt, wird gebeten, ihn umgehend der Redaktion der „Volkswacht" bekannt zu geben.

Neueste Nachrichten.

Eine „Milderung".

Das Oberkriegsgericht zu Lübeck hat den Musketier Glov vom Inf.-Regt. 162 wegen tätlichen Angriffs auf einen Unteroffizier sowie auf einen Leutnant vor versammelter Mannschaft zu vier Jahren 11 Monaten Gefängnis, und den Unteroffizier Hansen wegen Mißhandlung Untergebener zu 48 Tagen Gefängnis verurteilt. — Glov war vorher vom Kriegsgericht zu mehr als 7 Jahren verurteilt worden. Jetzt ist also die Strafe auf fast 5 Jahre „gemildert" worden. Trotzdem bleibt das Urteil ein Flammenzeichen gegen den Militarismus und seine Schreckenjustiz!

Die Reichsdumawahlen

vollzogen sich in St. Petersburg mit vollkommener Ruhe und mit einem Erfolge, der jede Erwartung übertrifft. Nach annähernder Schätzung haben sich von den 148,194 wahlberechtigten Personen der Stadt mehr als 60 Prozent an den Wahlen beteiligt. Man bemerkte eine lebhafte Bewegung unter dem Publikum wegen der zuvorkommenden Haltung der Polizei, die in geringer Zahl erschienen war. Man sah keine Patrouille zu Pferde und zu Fuß. Die Bahnhöfe waren nicht militärisch besetzt. Es kämpften hauptsächlich zwei konstitutionelle Parteien miteinander die konstitutionell-demokratische Partei und die Vereinigung vom 30. Oktober, von denen die erste mehr links, die letztere mehr rechts steht. (H. B.)

Meteorologische Beobachtungen der Königlichen Universitäts-Sternwarte.

2. und 3. April	Nachm. 2 Uhr	Abends 9 Uhr	Morg. 7 Uhr
Luftwärme (C.)	+ 3,6	+ 1,5	− 1,9
Luftdruck bei 0° (mm)	760,8	760,5	762,8
Dunstdruck (mm)	3,2	5,0	3,0
Dunstsättigung (pCt.)	54	98	76
Wind (0—12)	N 3	N 3	NO 2
Wetter	bewölkt.	bedeckt.	heiter.

Briefkasten.

Strehlen. Sie können sich auf Ihre Kosten als Maschinensetzer ausbilden lassen, die eigentliche Ausbildung ist gratis, nur für die Unterhaltungskosten müssen Sie Sorge tragen. Der Kursus dauert 4—6 Wochen. Ohne Empfehlung aber kann es sehr lange dauern, ehe Sie darankommen, da alles, was sich meldet vorgemerkt wird. Am sichersten kämen Sie zum Ziel, wenn Sie von einem Geschäft, das derartige Maschine anzuschaffen gedenkt, nach dort geschickt würden. Folgende Firmen liefern Setzmaschinen:

Monoline, Berlin SW., Alte Jakobstraße 189.

Mergenthaler (Linotype) Setzmaschinenfabrik, Berlin N., Chausseestraße 17/18.

Typograph G. m. b. H. Setzmaschinenfabrik, Berlin.

G. W., Hohenstraße 19. Wir haben Ihnen bereits einmal an dieser Stelle mitgeteilt, daß wir Ihr Eingesandt nicht gebrauchen können.

R., Schmiedeberg. Der Antrag auf Unterstützung des Kindes durch die Gemeinde kann wohl gestellt werden, aber er dürfte nicht den gewünschten Erfolg haben.

Standesamtliche Nachrichten.

Eheschließungen. IV. Maler August Degel, kath., Holteistraße 22, mit Emilie Kretschmer, ev., Vorwerkstraße 81. — Kunstgärtner Heinrich Schmidt, ev., Kaiserinallee 18, mit Anna Späth, kath., Glumbowitz. — Kantor Josef Jolpe, jüd., Loschmin, mit Rosa Steinmann, gen. Cerini, jüd., Schweidnitzer Stadtgraben 8. — Kutscher Wilhelm Jackel, ev., Luisenplatz 10, mit Bertha Schubert, ev., ebendas.

Todesfälle. I. Maurer Karl Hallich, 51 J. — Schmied Georg Richter, 26 J. — Auszüglerwitwe Theresia Hollmann, geb. Bauer, 78 J. — Früherer Maschinenmeister Paul Herting, 61 J. — Arbeiterwitwe Johanna Wittmann, geb. [illegible], 74 J. — Gerhard, S. des Volksschullehrers Karl Seidel, 5 J. — Siebmachermeister August Damke, 59 J. — Maschinist August Kunze, 61 J. — Straßenbahnschaffner Alois Günther, 26 J. — Erich, Sohn des Schneiders Friedrich Weiner, 2 Jahre. — Kaufmannsfrau Beate Kramer geb. Drexler, 69 J. — Arbeiter Robert Ulbrich, 40 J. — Promenadenarbeiter Hermann Tischer, 55 J. — Schlossermeister Franz [illegible], 44 J. — [illegible], T. des Handelsmanns Robert [illegible], 3 W. — Arbeiterfrau Karoline Nowak, geb. [illegible], 31 J. — Else, T. des Malers Wilhelm [illegible], 3 J. — Hedwig, T. d. Arbeiters August Schultke, 2 J. — Alfred, S. des Schneiders Adolf Hoffmann, 1 J. — [illegible] Bertha [illegible], geb. [illegible], 20 J. — Erna, T. des Eisendrehers Paul Malige, 1 J. — Zimmer-

mannsfrau Pauline Michler, geb. Kuhnert, 55 J. — Martha, T. d. Arbeiters Josef Woitas, 4 M. — Friedrich, S. d. Schneiders Kurt Schönfelder, 1 J. — Fabrikarbeiter Alfred Liebisch, 26 J. — Friseurlehrling Karl Oertel, 19 J. — Näherin Theresia G.ottker, 56 Jahre. — Restaurateur Anton Hecker, 62 J. — Kaufmann Alfons Becker, 32 J. — III. Verwitwete Stellenbesitzer Pauline Urban, geborene Preiser, 80 Jahre. — Früherer Gerichtsvollzieher Friedrich Looke, 68 Jahre. — Arbeiter Josef Volkmer, 62 Jahre. — Alfred, S. des Arbeiters Karl Ueberall, 1 Monat. — Kaufmann Joseph Sollmann, 57 J. — Arbeitersfrau Agnes Fiebag, geb. Lauper, 40 J. — Früh. Magistratsbureau-Hilfsarbeiter Robert Graumann, 75 J. — Hildegard, T. des Tischlers Alfred Walter, 5 M. — Zimmermannsfrau Martha Hertrampf, geb. Riesler, 25 J. — Käte, T. des Buchhalters Wilhelm Wengler, 7 M. — Martha, T. des Militärinvaliden August Roeser, 5 M. — Verw. Zimmermeister Hedwig Jantke, geb. Steinich, 38 Jahre. — Steuersekretär Wilhelm Hesse, 80 Jahre. — Elsbeth, T. des Reisenden Karl Mikisch, 1 Mon. — Willi, S. des Brauereipächters Wilhelm Schmidt, 12 Jahre. — Schneider Johann Bischoff, 78 J. Verwitwete Zimmermeister Julie Gerthen, geb. Herold, 77 J. — Verwitwete Polizeikommissar Alwine de Wette, geborene Tietz, 76 Jahre. — Bautechniker Johann Krautwald, 25 J. — Rechnungsrat Clemens Schönfeld, 70 J. — Paul, S. des Goldarbeiters Karl Stoppe, 19 Tg. — Lademeister August Herrmann, 42 J. — IV. Hausschlächter Oskar Baudach, 45 J. — Geschäftsgehilfin Hedwig Scholz, 18 J. — Herbert, S. des Lackierers Paul Billerbeck, 1 Woche. — Lackierersfrau Christiane Lehnhardt, geb. Fuhrmann, 45 J. — Formersfrau Antonie Gräser, geb. Janke, 67 J. — Verw. Steueraufseher Bertha Hildebrandt, geb. Scheiblich, 58 J. — Früh. Gastwirt Albert Grunwald, 73 J. — Bahnhofwächtersfrau Martha Kadisch, geb. Seppert, 27 J.

Festsetzungen der städtischen Markt-Notierungs-Kommission.
Breslau, 2. April.

Pro 100 Kilogramm

	gute höchst	gute niedr.	mittlere höchst	mittlere niedr.	geringere Sort. höchst	geringere Sort. niedr.
Weizen, weißer	17.30	16.50	16.30	15.90	15.80	15.40
Weizen, gelber	17.20	16.40	16.30	15.90	15.80	15.40
Roggen	15.40	14.80	14.70	14.50	14.40	14.20
Braugerste	16.00	15.60	15.50	15.00	—.—	—.—
Gerste	14.50	14.10	14.00	13.60	13.50	13.00
Hafer	15.30	14.80	14.70	14.30	14.20	13.80
Viktoria-Erbsen	19.50	18.50	17.50	16.50	15.50	14.50
Erbsen	18.00	17.50	16.30	15.30	14.50	14.00

Heu pro 50 Kilogramm 2.10—2.40 Mk.
Stroh, pro Schock 24.00—26.00 Mk.

Breslauer Mehlmarkt. Mehl ruhig, per 100 Kilogr. inkl. Sack brutto, Weizenmehl 00 ruhig, 23.50—24.00 Mk. Roggenmehl (0) ruhig, 22.50—23.00 Mk. Roggen-Hausbacken ruhig, 22.25—22.75 Mk. Roggen-Futtermehl ruhig, 10.75 bis 11.00 Mk. Weizenkleie ruhig, 10.50—10.75 Mk.

Versammlungen und Vereine.

Breslau.

Im Partei-Sekretariat,

Neue Graupenstraße 5/6, III., werden jederzeit Neuaufnahmen von Mitgliedern entgegengenommen und sind Aufnahmescheine sowie Bestellzettel auf die „Volkswacht" zu haben.

Gewerkschaftshaus.

Dienstag, den 3. April:

Sozialdemokratischer Verein. Versammlung im großen Saale.
Faßabenbucher. Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Zimmer Nr. 1.
Zimmerer. Abends 8 Uhr: Versammlung der Platzdeputierten. Zimmer Nr. 2.

Mittwoch, den 4. April:

Zentralverband der Schmiede. Abends 8 Uhr. Mitglieder-Versammlung.
Arbeiter-Radfahrer-Verein „Breslau". Jeden Mittwoch: Vereinsabend.

Donnerstag, den 5. April:

Maler. Abends 8 Uhr. Versammlung. Zimmer Nr. 2.
Tapezierer-Verband. Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung. Vortrag von Sekretär Neukirch. Zimmer Nr. 3 u. 4.

Freitag, den 6. April:

Holzarbeiter. Vertrauensmänner-Sitzung. Zimmer Nr. 2.

Sonnabend, den 7. April:

Tapezierer-Verband. Tapezierer-Krankenkasse (Hamburg). Aufnahmeabend. Parterre links.

Sonntag, den 8. April:

Holzarbeiter. Mitglieder-Versammlung im großen Saale.
Porzellanarbeiter und Schildermaler. Vorm. 10½ Uhr: Ordentliche Versammlung. Zimmer Nr. 2.
Müller. Nachmittags 3 Uhr. Versammlung. Vortrag des Genossen Redakteur Albert. Zimmer Nr. 2.
Freie Turnerschaft. Abends 6 Uhr: Quartalsversammlung. Vortrag des Herrn Dr. Landsberg. Gäste willkommen. Zimmer Nr. 2.

Montag, den 9. April:

Maler. Abends 8 Uhr. Oeffentliche Versammlung im Saale.

Mittwoch, den 25. April:

Holzarbeiter. Quartalsversammlung im großen Saale.

Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:

Distrikt 8 (Gräbschener Vorstadt).

Bezirke 3, 4, 5. Dienstag, den 3. April, fällt die Zusammenkunft wegen der Gewerkschaftshaus-Versammlung aus.

Die Bezirksführer.

Distrikt 10 (Sandtor).

Mittwoch, den 4. April, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Mitglieder im bekannten Lokal.

Distrikt 13 (Scheitnig).

Dienstag, den 3. April, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft und Zahlabend. Abrechnung der Bezirksführer bei Scholz Erben, Kleine Scheitnigerstraße 56.

Land-Distrikt 7.

Jeden Mittwoch nach dem 1. und 15. eines jeden Monats Zusammenkunft bei Pohl in Rotkretscham.

Freiburg. Gewerkschafts-Kartell. Donnerstag den 5. April, Abends 8 Uhr: Sitzung in der „Germania". Tagesordnung: 1. Maifeier. 2. Gewerkschaftliches. 3. Verschiedenes.

Freiburg. Naturwissenschaftlicher Lichtbilder-Vortrag Montag den 9. April, Abends 8 Uhr, in der „Germania". Thema: „Der Mensch in der Vorzeit". Ueber hundert Lichtbilder. Eintrittskarten im Vorverkauf nur beim Kollegen Kustos, Sandstraße 1, à 25 Pfg. pro Person. An der Kasse 30 Pfg.

Bunzlau. Wahlverein Bunzlau-Lüben. Mittwoch den 4. April, Abends 8 Uhr, im Gasthof „zu den 3 Kronen". Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Kobelt über Gottfried Bürger. 2. Vereinsangelegenheiten. Zahlreichen Besuch erwünscht
Der Vorstand.

Tillendorf. Wahlverein Bunzlau-Lüben (Filiale Tillendorf). Jeden Donnerstag nach dem 1. im Monat: Versammlung im Gasthof zur „Stadt Bunzlau". Zahlreiches Erscheinen erwünscht.
Der Vorstand.

Striegau. Gewerkschafts-Kartell. Sonntag den 8ten April, Abends 7 Uhr, in Sauers Saal, Fürst Bismarckstraße: Theater-Aufführung, arrangiert vom Gewerkschafts-Kartell. Es wird gespielt: „Das verlorene Paradies". Preise der Plätze: 50 Pfg., 30 Pfg., Galerie 15 Pfg. Um zahlreichen Besuch ersucht
Das Gewerkschafts-Kartell.

Goldberg. Sozialdemokratischer Verein Liegnitz-Goldberg-Haynau, Ortsgruppe Goldberg. Sonnabend den 7. April, Abends 8 Uhr, im Gasthof „zum neuen Hause": Versammlung. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird dringend ersucht.

Verantwortlich für die Rubriken: „Breslauer Nachrichten", „Aus Schlesien und Posen", das Feuilleton und die Inserate: **Robert Albert**; — für alles Uebrige: **Franz Kühs**. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstraße 5/6. — Verlag von **Oskar Schütz**; — Druck von **Th. Schatzky G. m. b. H.** — sämtlich in Breslau. — Ausgabeort: Breslau. **Hierzu 1 Beilage.**

Stadt-Theater.
Dienstag: Anfang 7 Uhr: „Die Meistersinger von Nürnberg."
Mittwoch: Anfang 7 Uhr: „Faust" (1. Teil)
Donnerstag: Anfang 8 Uhr: „Salome."

Lobe-Theater.
Dienstag: „Oedipus und die Sphinx."
Mittwoch: Operetten-Zyklus: „Die schöne Helena."
Donnerstag: „Oedipus und die Sphinx."

Liebich's Etablissement
Telephon 1646.
Otto Reutter
und das **neue** Programm.
Anfang 7½ Uhr.

Victoria-Theater
(Simmenauer Garten).
12 Attraktionen u. A.: **12**
John Barley
„Das Universal-Genie"
Arthur Wolff
Humorist.
Professor Brown
Musik.
Anfang 7½ Uhr. Bons gültig.

Zur Konfirmation
empfehle mein **reichhaltiges Lager** in Uhren, Ketten, Kolliers, Broschen, Ohrringe, Ringe, Kreuzen etc.
Eugen Klopsch, Uhrmacher
Schuhbrückstraße 27.

Wickelmacherin Zigarrenmacherin
und 1 **Sortiererin** f. einige Tage in der Woche gesucht. **Scheitnigerstr. 26.** [1169

Dreiräder. Kinderwagen
billig z. verk. Vorwerksstr. 32, **K.** rechts.

1 Buffet, 1 Sofa sof. b. z. **Altbüsserstrasse 10. I.**

Geige, alte, zerbrochen, zu kaufen gesucht. Off. u. M. 30 Exped. d. d. Bl. [106

Herren-Anzüge
10 Mk., n. Maß elegant **17** Mk.,
Paletots, modern **10**
nur **direkt** in der Fabrik
Carlsstrasse 42, I.

Pianino, Bordsofa,
Buffet, Trumeaux, Tische, Garnit., Spiegel mit Schränkch., Bettstell., **Schränke, Schreibt.,** Bücherschr., sowie ganze **Schlafzimmer, Satin, Nußbaum und Eiche,** Diwan, Chaiselongue f. b.
338 **Carlsstraße 43, 2. Et.**

Strohhüte [941
für **Damen, Herren u. Knaben**
billigst **direkt** in der Strohhut-Fabrik
Neue Graupenstraße 11, Hof,
Freund & Krebs.

Albert Barth
Gräbschenerstr. 12,
Adalbertstr. 2.
Billigste Bezugsquelle für
Hüte und Mützen,
Konfirmanden-Hüte.
Streng reell. 590

Zentralverband der Schmiede Deutschlands
Zahlstelle Breslau.
Mittwoch, den 4. April d. Js., abends 8 Uhr
Mitgliederversammlung
im Gewerkschaftshause, Margaretenstraße 17.
Tagesordnung: 1170
1. Vortrag des Genossen Robert Albert, über „Die ideale Bildung und Erziehung der Arbeiter durch die Organisation".
2. Verschiedenes.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Achtung!
Nachdem die Kohlengrubenbesitzer vom 1. April ab, die Kohlenpreise bedeutend erhöht haben, sind wir leider gezwungen, der Kundschaft gegenüber den Preis ebenfalls um einige Pfennige zu erhöhen und bitten wir darauf Rücksicht nehmen zu wollen. 1166
Der Verein Breslauer Kohlenhändler.

Hervorragende Anerkennungsschreiben!
Die Rasenbleiche zu Hause!
Achinin-Seife!
Beste, neue, chemische, chlor- und schärfefreie Sauerstoff-Bleich- und Wasch-Seife von hohem Bleich- und Waschefekt, sowohl für vergilbte feine Leib-, Bett-, Tisch-, Gardinen- u. Hauswäsche, als auch für verrauchte, grobe Handwerker- u. Arbeiterwäsche. Geradezu unentbehrlich für verjauchte Schweiß-, Menstruations- u. Kinderwäsche. Einzig bewährte Vollwasch-Seife. Schont die Wäsche aufs Aeußerste, macht sie klar und blütenweiß und gibt ihr einen desinfizierenden, an natürliche Rasenbleiche erinnernden, erfrischenden, wohltuenden Linnen-Wäschegeruch, den wir ja gern wahrnahmen, wenn wir uns in der Kindheit über Großmutters geöffnete Wäschetruhe beugten.
Das Pfund 24 Pf., 12½ Pfd. Mk. 3,—, 25 Pfd. Mk. 6,—, Emaille-Eimer dazu gratis.
Ueberall zu haben. Niederlagen werden auf Wunsch mitgeteilt. Wo solche nicht, wird franko geliefert durch die
Chemische Fabrik Gräbschen 343
Gebrüder Wolzendorff, Breslau-Gräbschen.

Das Leben verlangt,
dass man rechnet. Ohne Rechnen geht es mit dem Glück der Familie abwärts. Bei den ungemein teuren Zeiten ist das **Rechnen doppelt notwendig.** Der weniger Bemittelte kann kaum **das Notwendigste** für den **täglichen Bedarf bestreiten.** Woher jetzt **noch das Geld für die Bekleidung nehmen?** — — Darauf können wir nur antworten: **Wenden Sie sich vertrauensvoll** an das bekannte und **kulanteste Kredithaus Breslaus Schröter & Co., Dianerstrasse 8, I.** Sie erhalten daselbst zu den günstigsten Zahlungsbedingungen nicht nur Möbel, Gardinen und Teppiche etc., sondern auch alles, was Sie zu Ihrer Bekleidung brauchen.
1164

Zum Umzug!
Möbel in großer Auswahl, **Schränke, Vertikows, Schreibtische, Bettstellen, Spiegel, Tische, Stühle, Plüschsofas,** 994
Garnituren, Küchenmöbel
in nur guter Arbeit, staunend billige Preise bei
Scheuermann, Matthiasstr. 45.

„Der wahre Jakob".
Sozialdemokratisches Witzblatt.
Durch die Expedition und Colporteure zu beziehen.

Pfandleihe Münzstr. 2 C. Freundt. 680
Auswärts briefl.

Gardinen-Versand-Haus
empfiehlt in grösster Auswahl nur **Neuheiten**
zu **billigsten Preisen** 503
Gardinen, Stores, Vorhänge etc.
Valentin Wallner, Gräbschenerstr. 2
Ecke Sonnenplatz.

Zahnersatz, Plomben 1167
Max Kühn
Neuschestraße Nr. 36, am Königsplatz.
Mäßige Preise.

Zur Frühjahrssaison
bringe meiner werten Kundschaft mein großes 577
Schuhwaren-Lager
in empfehlende Erinnerung
C. König, Schuhmachermstr.
Berlinerstraße 18.

Zum Osterfest
sei
allen sparsamen Hausfrauen
Vitello-Margarine
angelegentlichst empfohlen.
Vitello wird jetzt nach einem neuen patentierten Verfahren **D. R. P. No. 148 096** mit patentierter Eiermilch und süßer Sahne verbuttert und ist hierdurch **feinster Tafelbutter ebenbürtig.** [1168
Stets überall erhältlich.

Beilage zu Nr. 79 der „Volkswacht“.

Mittwoch, den 4. April 1906.

Arbeitergroschen.

In dem neuesten Heft der „Amtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamts“ ist die Uebersicht über die Art der Anlegung der am Schlusse des Jahres 1904 vorhanden gewesenen Bestände sämtlicher Versicherungsträger veröffentlicht. Hiernach beliefen sich diese Bestände am Schlusse des Jahres 1904 auf 1,062,475,595.53 Mk., gegen 992,928,432.46 Mk. im Jahre 1903 und 923,119,785.80 Mark im Jahre 1902. Die Zunahme im Jahre 1904 hält sich demnach auf derselben Höhe, wie die in den früheren Jahren. Von je 1000 Mark des Vermögens sämtlicher Versicherungsträger waren am Schlusse des Jahres 1904 angelegt: 446 Mk. in Wertpapieren des Reiches, der Einzelstaaten und Gemeinden, 281 Mk. in Darlehen an Gemeinden, einschließlich Kirchen- und Schulgemeinden, sowie an weitere Kommunalverbände, 207 Mk. in Hypotheken und Grundschuldbriefen usw., 5 Mk. in Sparkasseneinlagen, 43 Mk. in Grundstücken, 18 Mk. im Kassenbestand. Fast die Hälfte des Vermögens ist demnach in Wertpapieren des Reichs, der Einzelstaaten und der Gemeinden angelegt. Früher war diese Gruppe sogar noch stärker vertreten. Ihr Anteil ist aber von Jahr zu Jahr etwas geringer geworden. Die Darlehen an Gemeinden usw. weisen vom Jahre 1900 bis zum Jahre 1902 eine ständige Zunahme, vom Jahre 1902 ab dagegen eine ständige Abnahme auf. Im Jahre 1904 ist ihr Anteil genau so groß, wie er im Jahre 1900 war. Zugenommen haben ferner vom Jahre 1900—1904 namentlich die Anteile der Hypotheken und der Grundstücke.

Von ganz besonderem Interesse, so schreibt ein Mitarbeiter der „Mannh. Volksst.“, ist folgende Zusammenstellung: Von sämtlichen Versicherungsträgern waren bis zum 31. Dezember 1905 hergegeben:

I. 150,987,145.16 Mk. für den Bau von Arbeiterwohnungen;

II. 75,873,498.56 Mk. zur Befriedigung des landwirtschaftlichen Kreditbedürfnisses (Hypotheken), für Kleinbahnen, Land- und Wegeverbesserung, Hebung der Viehzucht, Linderung der Futternot usw.;

III. 210,632,127.84 Mk. für den Bau von Kranken- und Genesungshäusern, sowie Volksheilstätten, für Gemeindepflegestationen, Herbergen zur Heimat, Arbeiterkolonien, Volksbäder, Blindenheime, Kleinkinderschulen, für Schlachthäuser, Wasserleitungs-, Kanalisations- usw. Anlagen, für Spar- und Konsumvereine und andere ähnliche Wohlfahrtseinrichtungen;

IV. 36,225,147.22 Mk. für eigene Veranstaltungen (Krankenhäuser, Heilanstalten, Lungenheilstätten, Erholungs- und Genesungsheime, Invalidenhäuser usw.).

Gegen das Vorjahr ist in allen vier Gruppen eine Zunahme eingetreten und zwar in Gruppe

I	von	133.2	Mill. Mk.	auf	151,0	Mill.	Mk.
II	„	73,5	„ „	„	75,9	„	„
III	„	178,3	„ „	„	210,6	„	„
IV	„	33.0	„ „	„	36,2	„	„

Die geringste Steigerung weist demnach die Gruppe II auf, die zur Befriedigung des landwirtschaftlichen Kreditbedürfnisses. Die Zwecke, die mit den Geldern dieser Gruppe verfolgt werden, sind zum Teil fraglos auch vom Standpunkte der Arbeiter als gute anzuerkennen. Der Bau von Kleinbahnen, die Verbesserung der Wege, die Hebung der Viehzucht usw. sind als Fortschritte zu begrüßen. Jedoch können und müssen für diese Zwecke andere Mittel flüssig gemacht werden. Die Gelder der Invalidenversicherung werden direkt bezw. indirekt von den Arbeitern aufgebracht. Sie sind ein Teil des Arbeitslohnes. Dies gilt auch von den Beiträgen der Arbeitgeber, die genau so wie der eigentliche Arbeitslohn als Kosten der Arbeitsleistung gebucht und durch die Arbeit der Arbeiter gedeckt werden müssen. Diese Gelder sind Arbeitergroschen und müssen deshalb im besonderen Interesse der Arbeiter verwendet werden. Von diesem Gesichtspunkte aus ist es nicht zu billigen, daß mit den Mitteln der Invalidenversicherung das „landwirtschaftliche Kreditbedürfnis“ gedeckt wird, wenigstens so lange nicht, als noch so viel im besonderen Interesse der Arbeiter zu tun ist. Es muß demnach verlangt werden, daß der Anteil der Gruppe II nicht nur nicht vergrößert, sondern mehr und mehr vermindert wird.

Bedauerlich ist es dagegen, daß auch der Anteil der Gruppe IV (für eigene Veranstaltungen) nur wenig größer geworden ist: 36,2 gegen 33,0 im Vorjahre. Die Versicherungsanstalten könnten noch sehr große Summen für Krankenhäuser, Heilanstalten, Lungenheilstätten, Erholungs- und Genesungsheime, Invalidenhäuser usw. verwenden und zugleich am besten dafür sorgen, daß diese Einrichtungen auch wirklich im vollsten Maße den Arbeitern zugute kommen. Um so bezeichnender ist es, daß mehrere Versicherungsanstalten für derartige eigene Veranstaltungen noch keinen Pfennig ausgegeben haben. Dies sind die für Ostpreußen, Westpreußen, Schleswig-Holstein, Westfalen, Oberpfalz und Regensburg, Mittelfranken, Unterfranken, Mecklenburg; ferner der Saarbrücker Knappschaftsverein, die Arbeiterpensionskasse der Kgl. Bayerischen Staatseisenbahn-Verwaltung, Allgemeine Knappschafts-Pensionskasse für das Königreich Sachsen, Arbeiter-Pensionskasse für die Badischen Staatseisenbahnen und Saline.

Eine erhebliche Zunahme weisen die Gruppen I (für Bau von Arbeiterwohnungen) und III (für allgemeine Wohlfahrtseinrichtungen) auf: 151 bezw. 210,6 gegen 133,2 bezw. 178,3 im Vorjahre. Der Bau guter Arbeiterwohnungen liegt im besonderen Interesse der Arbeiter, aber doch nur dann, wenn die Arbeiterwohnungen nicht in den Händen der Unternehmer oder deren Vereine sich befinden. Ganz so einfach verhält es sich mit Gruppe III nicht; denn diese Gruppe umfaßt sehr verschiedenartige „Wohlfahrtseinrichtungen“. Schlachthäuser, Wasserleitungs-, Kanalisations- usw. Anlagen sind zwar sehr nützliche Einrichtungen, dienen aber nicht dem besonderen Interesse der Arbeiter. Die Herbergen zur Heimat und die Arbeiterkolonien sind nur zu oft von sehr zweifelhaftem Werte. Krankenhäuser und Genesungshäuser dagegen können bei richtiger Verwaltung dem besonderen Interesse der Arbeiter nutzbar gemacht sein. Daher muß hier von Fall zu Fall entschieden werden, ob die Verwendung des Vermögens der Versicherungsanstalten zu billigen ist oder nicht.

Nun wurden aber nicht weniger als 51,096,023 Mk. von den Versicherungsanstalten an konfessionelle Unternehmungen verliehen, und zwar an Kirchengemeinden, konfessionelle Schulgemeinden, religiöse Genossenschaften, konfessionelle Krankenhäuser, konfessionelle Arbeiter- und Gesellenvereine, konfessionelle Wohnungs- und Bauvereine und andere konfessionelle Unternehmungen. Wie heute die Verhältnisse liegen, dienen derartige Verbände ganz und gar nicht dem besonderen Interesse der Arbeiter. Aus diesem Grunde sollten die Gelder der Versicherungsanstalten grundsätzlich an konfessionelle Verbände nicht verliehen werden.

Deutscher Reichstag.

82. Sitzung. Montag, den 2. April, Vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratstische: von Einem.

Die

zweite Beratung des Militär-Etats

wird fortgesetzt.

Beim Kapitel Militär-Intendanturen tritt Abg. **Werner** (Antis.) für Besserstellung der Intendantur-Sekretäre ein.

Das Kapitel wird bewilligt.

Beim Kapitel Militär-Justiz verteidigt Abg. **von Normann** (Kons.) den verstorbenen Hauptmann Grafen Roon gegen die Vorwürfe des Abg. Zubeil. (Beifall rechts.)

Das Kapitel wird bewilligt.

Beim Kapitel „Geldverpflegung der Truppen“ beantragt die Kommission, die Zulage für die patentierten Oberstleutnants auf die der Infanterie und des Ingenieur- und Pionierkorps zu beschränken.

Abg. **v. Normann** (kons.) kündigt für die dritte Lesung einen Antrag auf Ausdehnung der Zulagen auf Artillerie und Kavallerie an und verzichtet trotz schwerer Bedenken auf Widerspruch gegen die von der Regierung geforderte Reitschule.

Abg. **Held** (natlib.) bittet, die Offiziere nicht zu lange in kleinen Garnisonen zu lassen, und wünscht den Bau von Offizierswohnhäusern.

Abg. **Roeren** (Zentr.) bittet jetzt schon um Ablehnung des Antrags Normann. Man hat die Stellenzulage für die Oberstleutnants der Infanterie ausdrücklich mit den schlechteren Avancementsverhältnissen der Infanterie begründet.

Abg. **Ledebour** (Sozialdemokrat):

Wie allseitig anerkannt wird, bedeuten kleine Garnisonen eine große sittliche Gefahr für junge Offiziere. Bei Reitschulen an kleinen Orten treten diese Gefahren im verstärkten Maßstabe zu Tage. Ein Offizier hat mir gegenüber speziell Paderborn für einen sehr bedenklichen Ort für eine Reitschule erklärt. Selbst an der Reitschule in Hannover grassiert die Spielwut wieder. An einer Reitschule in einer Kleinstadt wird die Spielwut noch größeren Umfang annehmen. Nun hat man ja alle übrigen Reitschulen abgelehnt, will aber die Reitschule in Paderborn bewilligen. Mit großer Geschicklichkeit scheint der Kriegsminister an die episkopale Denkungsart des Zentrums appelliert zu haben. Man glaubt wohl, daß der bischöfliche Krummstab vor dem Feu bewahrt. (Heiterkeit.) Daß unter den Offizieren Wein und Weib und Würfel und vielleicht noch die Pferde als das einzig Interessante auf der Welt betrachtet werden, ist schließlich nicht zu verwundern. Die hochmütige Exklusivität namentlich der norddeutschen Offiziere, die hermetische Absperrung von der Außenwelt müssen zu einer Verengung des Gesichtskreises führen. Der Pferdeverstand wird allerdings sehr ausgebildet, das gebe ich zu. Daß aber das stundenlange Sitzen auf dem Gaul die Offiziere zu müde machen soll, um ihren Vergnügungen nachzugehen, glaube ich nicht. Sie werden nur für höhere Genüsse abgestumpft. Dagegen disponiert die körperliche Ueberanstrengung geradezu für das Spiel. Aus allen diesen Gründen bitte ich um Ablehnung der Reitschule in Paderborn. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Kriegsminister **v. Einem**: Ich kann das Kompliment geschickter parlamentarischer Strategie, das mir der Abg. Ledebour machte, leider nicht akzeptieren. Für Paderborn sprach ein sehr einfacher Grund, nämlich der, daß wir dort schon eine Kaserne besitzen.

Abg. Graf **Oriola** (natl.): Es ist tief bedauerlich, daß hier im deutschen Reichstag derart von dem deutschen Heer und dem deutschen Offizierkorps gesprochen wird, wie es der Abg. Ledebour getan hat. (Lebh. Beifall rechts und b. d. Natl.) So kann nur jemand sprechen, der nicht die Gelegenheit und die Ehre gehabt hat, mit deutschen Offizieren zu verkehren. (Abg. Normann ruft mit sehr lauter Stimme: Sehr richtig!)

Abg. Frhr. **v. Hertling** (Zentr.) protestiert dagegen, daß der Abg. Ledebour den Bischof von Paderborn mit der dortigen Reitschule in Verbindung gebracht hat. Wenn wir die Reitschule in Paderborn bewilligen, so spielt der Umstand, daß Paderborn eine Bischofsstadt ist, dabei keine Rolle. (Beifall im Zentr.)

Abg. Dr. **Müller**-Sagan (freis. Vp.) bezeichnet die Bedenken gegen die Errichtung von Reitschulen in kleinen Orten als nicht stichhaltig.

Abg. **Ledebour** (Sozialdemokrat):

Gegenüber dem Kriegsminister möchte ich bemerken, daß ich keineswegs für Reitschulen in größeren Orten eingetreten bin, sondern nur erklärt habe, daß wenn man überhaupt Reitschulen errichtet, sie besser in großen, als in kleinen Orten errichtet werden. Ueber die heutige Stellungnahme des Abg. Dr. Müller-Sagan wundere ich mich um so mehr, als er früher doch ausdrücklich die sittlichen Gefahren der kleinen Garnisonen betont hat. Die Entrüstung des Frh. v. Hertling, die sich in direkt beleidigenden Ausdrücken äußerte, war wenig angebracht. Es ist doch allgemein bekannt, wie maßgebend für das Zentrum konfessionelle Gesichtspunkte sind. Der phantastische Hurrapatriotismus des Grafen Oriola führt ihn dazu, die sittlichen Gefahren der kleinen Garnisonen zu leugnen, die von den Offizieren

Berliner Theater.

Berlin, den 30. März 1906.

Der Vogel im Käfig. — Kater Lampe.

Zwei Sozialdemokraten kamen in diesen Tagen auf Berliner Bühnen zum Wort und beide haben mit ihren Werken unbestrittene Erfolge erzielt, wenn man von einer ebenso dummen wie läppischen Herunterreißung des Rosenow'schen Lustspiels durch die antisemitische „Staatsbürger-Zeitung“ absieht. Und beide Stücke haben trotz der Verschiedenartigkeit ihres Stoffes doch eine gewisse Aehnlichkeit mit einander, denn in beiden spielt ein Tier eine gewisse Rolle. Im „Vogel im Käfig“ ein blinder Star, im „Kater Lampe“ ein leibhaftiger Kater, der auf offener Bühne mit großem Behagen verspeist wird. Und beide Stücke geben uns schließlich treffend gezeichnete Bilder aus der Wirklichkeit, dem heutigen Leben, die uns ergreifen und erheitern, abstoßen und abziehen.

Stefan Großmann ist der Verfasser des „Vogels im Käfig“, eines Schauspiels in fünf Akten. Großmann ist Redakteur der „Wiener Arbeiter-Zeitung“, dessen bekanntes vorzüglich geleitetes Feuilleton er bearbeitet. Vom Ministerpräsidenten von Körber wurde ihm, der sich durch seine strenge Gerichtssaalkritik einen Namen gemacht hatte, gestattet, die österreichischen Zuchthäuser zu bereisen, ein Vorgang, der in Deutschland ganz unerhört wäre. Ein Band „Oesterreichische Strafanstalten“ war die Frucht dieser Reisen. „Und ich darf sagen“, so schreibt Genosse Großmann in einer Selbstbiographie, „daß eine Reihe von Reformen im Gefängniswesen Oesterreichs mit meinem Buche im innigen Zusammenhange stehen.“ Was Großmann in die Tatsachenschilderungen seines Gefängnisbuches nicht aufnehmen konnte, seine persönlichen Gefühle, die hat er in dem Schauspiel „Der Vogel im Käfig“ niedergelegt.

Der Vogel im Käfig ist, wie gesagt, ein blinder Star, den die Tochter des Strafanstaltsdirektors einem unglücklichen Gefangenen zum Geschenk gemacht hat. Der wirklich Bedauernswerte muß drei Jahre absitzen, weil er das von ihm heiß geliebte Mädchen bei einem Treubruch ertappte und niederschlug. Schindler leidet seelisch und körperlich furchtbar darunter, mit den anderen Sträflingen, nichtswürdigen Gesellen, denselben Raum teilen zu müssen; er sehnt sich nach seiner eigenen Zelle. Der humane Verwalter — wie Großmann versichert, hat dieser prächtige Mensch sein Vorbild in der Wirklichkeit! — will ihm gern sein Verlangen gewähren, nur muß er sich mit dem Direktor darüber noch in Verbindung setzen. Der unglückliche Gefangene pflegt den Vogel, der jetzt sein ganzes Sinnen erfüllt, mit rührender Kindlichkeit. Täglich gibt er ihm die Hälfte seiner ach nur so geringen Gefängniskost. Ein Schurke von Mitgefangener, namens Pfeifer, ein Hochstapler, der mit seinen weltmännischen Manieren sich einen gewissen Respekt bei seinen „Kollegen“ und den Aufsehern zu verschaffen weiß, und die Haft mehr von der heiteren Seite nimmt, zerstört dem armen Schindler das bißchen Lebensfreude: er läßt den Vogel aus dem Käfig zum Fenster hinausfliegen. In der rasenden Wut über diesen gemeinen Streich schlägt Schindler gänzlich besinnungslos um sich und verletzt eben den Schurken Pfeifer und einen Aufseher. Vor Gericht gestellt, erhält er abermals drei Jahre, trotz der warmen Verteidigung, die ihm die mitfühlende und verständige Tochter des Gefängnisdirektors beschafft hat. Jetzt ist Schindler völlig verzweifelt. Zwar hat der Verwalter es beim Gericht erwirkt, daß Schindler wieder ihm überwiesen wird und er will ihm alles Gute erweisen: einen neuen Vogel, einen Hund, ja sein eigenes Kind will er dem Hartgeprüften, der kein Verbrecher, sondern nur ein leicht reizbarer Mensch ist, mit in die einsame Zelle geben. Schindler weist alles kalt zurück, er hat jede Hoffnung, daß es ihm noch einmal gut gehen könnte, verloren. Und in seiner Verzweiflung stürzt er sich vom Korridor des dritten Stocks herab in den Flur. Der Direktor will zum Arzt schicken, um zu retten, was zu retten ist. „Laß ihn doch sterben, denn der Tod ist für ihn doch wahrlich das beste“, meint darauf seine Tochter. Dann fällt der Vorhang. Hineingeflochten in das trübe Schicksal Schindlers sind einige reizende, dem Leben naturgetreu abgelauschte Episoden, vor allem die Gerichtsverhandlung gegen Schindler, die den ganzen vierten Akt einnimmt, und die mit großem dramatischen Geschick das heutige Gerichtsverfahren mit all dem Formelkram einer vernichtenden Kritik unterwirft. Auch der letzte Akt bringt uns eine ergreifende Szene: ein alter 64jähriger Gefangener bittet den Direktor darum — lebenslänglich im Gefängnis bleiben zu dürfen! Das Parquet-Publikum lachte über dieses ihm offenbar unverständliche Verlangen. Es weiß nicht, wie viele Tausende armer Teufel es drinnen im Gefängnis besser haben, als draußen in der herrlichsten aller Welten.

„Kater Lampe“ hat unseren leider so früh verstorbenen Freund Emil Rosenow zum Verfasser. Auf seinen Agitations-Reisen durch das sächsische Erzgebirge lernte Rosenow Land und Leute genau kennen und hat uns ja auch in prächtig geschriebenen Novellen und Humoresken seine Beobachtungen hinterlassen. „Kater Lampe“ ist sein erster dramatischer Versuch, der nach dem einstimmigen Urteil der Kritik so vorzüglich gelungen ist, daß man auch als Literaturfreund nur aufrichtig den so frühen Tod des begabten Mannes bedauern kann. „Kater Lampe“ ist der einzige Besitz eines armen Schneidergesellen. Das Tier bringt das ganze Dorf in Aufruhr, es wirft das Geschirr um und verrichtet seine Notdurft nicht nur an den dazu bestimmten Orten. Auf Geheiß des Ortsvorstehers wird das Tier deshalb eingefangen und in der Dachkammer des Gemeindedieners gefangen gehalten. Der Gemeindediener erliegt der Versuchung seiner „teuflischen“ Frau. Das Tier wird abgeschlachtet und schmort in der Pfanne des Gemeindedieners, die ach so lange kein Fleisch gesehen hatte. Zwei Ortsgrößen — der Gensdarm und der Briefträger — kommen gerade des Wegs daher. Durch den lieblichen Geruch angezogen, laden sie sich zum Essen ein und verspeisen dann mit den Gemeindedienerseheleuten den ihnen als Hase vorgesetzten Katzenbraten, eine Szene voll frischen Humors, wie man sie nur selten in der modernen Literatur findet. Noch köstlicher fast wirkt die Entdeckung im letzten Akt, wo der Geselle seinen Kater zurück verlangt und wo der Gemeindediener mit der Wahrheit herausrücken muß: „Ich habe ihn geschlachtet, aber Ihr habt ihn gegessen!“ Dabei weist er auf die beiden Teilnehmer an jenem leckeren Mahle, die dastehen, wie die blamierten Europäer!

In der bekannten glänzenden Darstellung des „Lessing-Theaters“ fand Rosenows herrliches Lustspiel stürmischen Beifall. Leider hat ihm der Allbezwinger die Feder so früh aus der Hand genommen. Unserem Wiener Freunde hoffen wir aber bald wieder einmal auf dem Theater zu begegnen!

Ewald Mendel.

Aus aller Welt.

Die dreizehn Geretteten von Courrieres wurden, wie aus Lens gemeldet wird, am Sonntag von dem Minister der öffentlichen Arbeiten Barthou besucht. Den Bergleuten Prawost Vater und Rémy überreichte der Minister das Kreuz der Ehrenlegion, den anderen elf Ueberlebenden die goldene Medaille erster Klasse. Barthou kündigte an, er werde beantragen, den Führer der deutschen Rettungsmannschaften zum Ritter der Ehrenlegion zu ernennen und den übrigen Mitgliedern die goldene Medaille zu verleihen. Der Minister setzte darauf eine Untersuchungskommission ein, die die Ursachen der Katastrophe erforschen und sich über die Rettungsarbeiten und die Frage der Verantwortlichkeit äußern soll.

Die Suche nach weiteren Lebenden unter Tage ist festgesetzt worden, hat aber keinen Erfolg gehabt. Auf dem von den dreizehn Geretteten zurückgelegten Wege wurden drei Tote entdeckt, die sich vorher nicht dort befanden; es sind dies offenbar die Leichen der unterwegs tot zusammengebrochenen Arbeiter. Die Leichen des Ingenieurs Berranlt, kenntlich am Lebermantel, sowie der Steiger Leerf und Carrier wurden in der Nähe

selbst anerkannt werden. Wir haben Offiziere sehr nahe gestanden, die von einer solchen dünkelhaften Auffassung weit entfernt waren. Die Bekämpfung der Exklusivität bedeutet einen großen Dienst, den man der Landesverteidigung leistet, denn der exklusive Geist ist es gewesen, der uns nach Jena geführt hat. (Händeklatschen auf der Zuschauer-Tribüne.)

(Vizepräsident Dr. Paasche droht mit ihrer Räumung.) Die hervorragendsten Staatsmänner haben anerkannt, daß die Exklusivität an der Niederlage bei Jena Schuld hat. (Beifall b. d. Soz.)

Kriegsminister v. Einem bestreitet, daß die Exklusivität des Offizierkorps die Armee nach Jena geführt habe und weist auf die Studie des Freiherrn v. d. Goltz über diesen Gegenstand hin. Die hohe soziale Geltung des Offiziersstandes beruht darauf, daß er seit Jahrhunderten Gut und Blut für die Verteidigung des Vaterlandes geopfert hat. (Bravo rechts.) Keiner von uns glaubt, ein vornehmeres Wesen zu sein. Unsere Standesehre besteht in der treuen Erfüllung unserer Pflicht. (Bravo! rechts.)

Abg. v. Oldenburg (kons.): Das deutsche Offizierkorps geht nicht aus dem Unteroffizierkorps hervor wie in anderen Ländern, und gerade darauf beruht sein Glanz und seine Tüchtigkeit.

Abg. Dr. Müller-Sagan (Freis. Vpt.): Darüber, daß die Exklusivität des preußischen Offizierkorps mit zu den Niederlagen von 1806 und 1807 beigetragen hat, sind die Akten längst geschlossen. Was hat das aber alles mit der Reitschule zu tun? (Heiterkeit.)

Abg. Graf Oriola (Natl.): Wenn Herr Ledebour unter dem Ausdruck phantastischer Hurrapatriotismus unsere Dankempfindungen für die Taten der Offiziere von 70/71 versteht, so nehmen wir diesen Ausdruck gern an. (Bravo! bei den Natl.)

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag der Budgetkommission auf Beschränkung der Stellenzulage für Oberstleutnants auf die Infanterie wird gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

Beim Titel Militärärzte beantragt

Abg. Roeren (Zentr.) Wiederherstellung der von der Kommission gestrichenen Zulage für die patentierten Generaloberärzte.

Abg. Rimpau (Natl.) wendet sich dagegen, daß Militärärzte Zivilärzten unlautere Konkurrenz machen.

Generalmajor Sixt v. Arnim erklärt, daß das auch die Auffassung der Militärbehörde sei.

Abg. Bebel (Sozialdemokrat)

verweist auf den offenen Brief des praktischen Arztes Dr. Hartwig an den Kriegsminister, worin verlangt wird, daß jeder eingestellte Rekrut einen Schein vom Heimatsarzte über seinen Gesundheitszustand mitbringe und auch beim Abgange vom Militär genau untersucht werde. Dr. Hartwig wurde zu diesem Brief dadurch veranlaßt, daß ihm in einem Falle von der Militärbehörde mitgeteilt worden war, daß ein Zivilarzt kein Recht hätte, in militärischen Angelegenheiten irgend ein Zeugnis auszustellen. Er macht darauf aufmerksam, daß mehrfach junge Leute zum Militär ausgehoben wurden, die nach seiner festen Ueberzeugung völlig unbrauchbar zum Militärdienst waren. Redner trägt eine Anzahl solcher Fälle vor. Ein Arzt schreibt in einem Briefe: „Jeder Gaul wird sorgfältig besichtigt; Menschenfleisch ist billiger." Dazu kommt, daß es Leuten, die beim Militär erkranken, und als dienstuntauglich entlassen werden, meist sehr schwer gemacht wird, in den Besitz der ihnen zustehenden Pension zu gelangen. Sie werden durch Drohungen und wochenlange Zurückhaltung in Lazaretten zur Unterschrift eines Reverses genötigt werden, worin sie auf alle Ansprüche an die Militärverwaltung verzichten. Dagegen ist es einem Offizier kinderleicht, seine Pension voll zu erhalten, wenn er nur ein Zeugnis bringt, daß er nicht erwerbsfähig sei. Dem einfachen Soldaten aber werden die größten Schwierigkeiten in dieser Hinsicht gemacht. So wurde einem freiwillig nach China gegangenen Soldaten, der sich dort eine Kniegelenkkrankheit zugezogen hatte, jede Pension ausgeschlagen, während er doch nicht in der Lage war, seinen Beruf auszuüben. In dieser ganzen Art der Behandlung kranker Soldaten muß Remedur geschaffen werden. (Bravo! bei den Soz.)

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag Roeren wird angenommen.

Beim Titel Beamte und Unterzahlmeister wünscht Abg. Werner (Antis.): Besserstellung der Büchsenmacher.

Generalmajor Sixt v. Arnim erklärt, daß wenigstens schon die Oberbüchsenmacher besser gestellt seien.

Abg. Graf Oriola (Natl.) tritt für Aufbesserung der Militärkapellmeister ein.

Abg. Bruhn (Antis.) wendet sich gegen das Konzertieren von Militärkapellen in Warenhäusern.

Der Titel wird bewilligt.

Beim Kapitel Naturalverpflegung tadelt Abg. Froehlich (Ant.) die Konkurrenz, die die Militärverwaltung durch Fabrikation von Selterwasser und Konserven der Privatindustrie mache.

Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel Mieten für Kasernen und Zubehör wird nach unwesentlicher Debatte der Kommissionsantrag auf Streichung der Forderung einer Kaserne in Sprottau angenommen.

Beim Titel Uebungsplätze wünscht Abg. v. Böhlendorf-Kölpin (Kons.) eine Erhöhung der Forderung für das nächste Jahr, insbesondere in Bezug auf die Garnison in kleinen Orten der Mark Brandenburg.

Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel Servis wird ein Antrag Frhr. v. Hertling (Zentr.) angenommen, nach welchem die Serviszulage spätestens mit dem 31. März 1918 fortfallen soll.

Beim Kapitel Pferdebeschaffung regen die Abgg. Werner (Rfr. Vp.) und Prinz Schönaich-Carolath (Natl.) eine größere Liberalität der Militärverwaltung gegenüber Leuten an, die durch Militärpferde irgend welchen Schaden erlitten haben.

Das Kapitel wird bewilligt.

Beim Kapitel Militärerziehungswesen tritt Abg. Eickhoff (Freis. Vp.) für eine Reform des Kapitulantenunterrichts, für eine Besserstellung der Lehrer an den Unteroffiziersschulen und die Verleihung des Charakters als Reichsbeamte an sie ein.

Generalmajor Sixt v. Arnim erklärt, daß die Lehrer an den Unteroffizierschulen bereits Reichsbeamte sind.

Das Kapitel wird bewilligt.

Bei den in der Beratung verbundenen Kapiteln Artillerie und Waffenwesen und technische Institute rügt Abg. Dove (Freis. Vgg.) Härten beim Submissionswesen.

Generalmajor Sixt v. Arnim stellt eine Neuregelung des Submissionswesens in Aussicht. (Beifall.)

Es sprechen noch zur Sache der Abg. Pauli (kons.) und Generalmajor Sixt v. Arnim.

Präsident Graf Ballestrem: Ich schlage dem Hause vor, sich zu vertagen. Es lief außerdem ein Antrag des Abg. Singer ein, diese Position an die Kommission zurückzuverweisen. Eine Begründung ist mir nicht mitgeteilt worden, aber mir auch nicht begreiflich.

Abg. Singer (Soz.): Hätte mir der Präsident das Wort erteilt, so würde ich eine Begründung gegeben haben. Nachdem aber der Präsident selbst Vertagung vorgeschlagen hat, sind Antrag und Begründung überflüssig geworden. Ich ziehe daher meinen Antrag zurück.

Präsident Graf Ballestrem: Also sollte der Antrag nur eine Pression sein! (Zurufe b. d. Soz.: Pression gegen Pression!)

Abg. Singer (Soz.): Ich habe nicht die Absicht, auf das Haus eine Pression auszuüben. Ich hielt es aber für nötig, durch diesen Geschäftsordnungsantrag die Vertagung zu erzwingen, da es mir nicht gelungen war, für einen Vertagungsantrag die nötige Unterstützung zu finden, nachdem wir schon seit 7½ Stunden getagt haben.

Präsident Graf Ballestrem: Ich weiß selbst, daß es Momente gibt, wo es nicht mehr weiter geht. Als aber die Anträge auf Vertagung kamen, hatte der letzte Redner aus dem Hause noch nicht so lange gesprochen, wie er es für nötig hielt. (Heiterkeit.) Bloß deshalb, weil ein Redner vielleicht noch eine sehr lange Rede halten will, in eine Vertagung zu willigen, kann ich nicht mit meiner Pflicht vereinbaren. (Bravo! rechts und im Zentrum.)

Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Beratung.)

Schluß 6¾ Uhr.

Partei-Angelegenheiten.

Ein Parteiarchiv haben die Solinger Genossen zu gründen beschlossen. Die „Berg. Arbeiterstimme" erläßt folgenden Aufruf: Von dem Gedanken ausgehend, daß mancherlei historisches Material, das die allgemeine und speziell sozialdemokratische Arbeiterbewegung betrifft, bei verschiedenen Parteigenossen und sonstigen Freunden aufbewahrt wird, ohne der breiteren Oeffentlichkeit bekannt zu werden, hat die Solinger Volksbibliothek beschlossen, ein Archiv zu gründen, die Schätze also zu sammeln und zu ordnen und sie nach einem festgelegten Statut den Parteigenossen zur Verfügung zu stellen. Reflektiert wird auf Material seit dem Jahre 1830, das in Broschüren, Zeitungen aller Art, Briefen, Flugblättern, Maueranschlägen, persönlichen Erinnerungen und sonstigen Denkwürdigkeiten enthalten ist. Jedenfalls ist das eine Anregung, von der zu wünschen wäre, daß sie auch an anderen Orten, vor allem solchen mit einer alten Parteigeschichte, Anklang fände.

Aus der Parteipresse. Die Geraer „Reußische Tribüne" soll künftig in größerem Format und täglich mindestens acht Seiten stark erscheinen. Da infolgedessen und zugleich wegen der gesteigerten Auflage die bisherigen Druckereieinrichtungen unzulänglich geworden sind und die Aufstellung einer Rotationsmaschine dringend notwendig wurde, so ist man mit der Leipziger Buchdruckerei-Aktien-Gesellschaft, in der auch die „Leipziger Volksztg." gedruckt wird, ins Einvernehmen getreten; diese wird in Gera eine Druckerei-Filiale einrichten und alles geschäftliche Risiko übernehmen, während der Redaktion und den Geraer Aufsichtsinstanzen alle Selbständigkeit bewahrt bleibt. Der alte Abonnementspreis soll auch bestehen bleiben. — Das ist jedenfalls ein Weg, der namentlich für unsere kleineren Parteiblätter, die Aussicht eröffnet, besser als bisher vorwärts zu kommen.

Sein fünfundzwanzigjähriges Jubiläum wird am 14. April d. J. der „Volksfreund" in Karlsruhe begehen.

Auch ein Erfolg. Genosse Quint von der „Frankfurter Volksstimme" wurde wegen angeblicher Beleidigung eines Dr. Ehrlich, Direktor einer Steingutfabrik zu Schlerbach, zu 200 Mk. Geldstrafe verurteilt. Auf Quints Widerklage erhielt aber der empfindliche Herr Direktor dieselbe Strafe.

Arbeiterbewegung.

Der mitteldeutsche Bergarbeiter-Ausstand. In den am Sonntag im ganzen Ausstandsgebiete abgehaltenen Versammlungen der streikenden Bergarbeiter wurde allgemein die Fortsetzung des Streiks beschlossen. Im Laufe des Montags ist die Zahl der Streikenden im Weißenfelser Revier auf 1600 angewachsen. Auch aus dem Meuselwitzer Revier wird eine Zunahme der Zahl der Ausständigen gemeldet, so daß die Gesamtzahl der Streikenden im mitteldeutschen Braunkohlengebiet jetzt auf etwa 4500 Mann gestiegen ist. In der am Sonntag in Zeitz abgehaltenen Versammlung erklärte Reichstagsabgeordneter Hue, der Bergarbeiterverband sei in der Lage, den Kampf fortzuführen. Auch der Hallesche und Braunschweigische Braunkohlenbezirk würde sich dem Ausstand anschließen. Man erwartet deshalb die Proklamierung des Generalstreiks. Die Lage ist im allgemeinen sehr ernst geworden. Die Bergleute des Helmstedt-Schöninger Braunkohlenreviers sind ebenfalls in eine Lohnbewegung eingetreten und verlangen Lohnerhöhung, Verkürzung der Arbeitszeit usw.

Der Streik der Möbeltischler in Lübeck dehnt sich auf das ganze Tischlergewerbe aus. Heute begann der Ausstand der Bautischler, der auf das Baugewerbe nicht ohne Einfluß sein wird.

Die Schneider stehen in Rheinland und Westfalen in folgenden Orten in Lohnbewegungen: Aachen, Berg.-Gladbach, Bochum, Dortmund, Elberfeld, Essen, Gelsenkirchen, Herne, Koblenz, M.-Gladbach, Mülheim a. Ruhr und Oberhausen. Zuzug nach allen diesen Orten ist fernzuhalten.

Die Niederlausitz für Textilarbeiter gesperrt! Aus Forst wird dem „Vorwärts" geschrieben: Die Niederlausitzer Textilarbeiterschaft steht im Kampfe um den Zehnstundentag und höheren Lohn. Die Fabrikanten versuchen von überall her Arbeitswillige heranzulocken. Es wird dringend ersucht, den Zuzug von Textilarbeitern und Arbeiterinnen von der Niederlausitz fernzuhalten.

Vom französischen Bergarbeiterausstand. Aus St. Etienne wird berichtet: In einer Versammlung der Minenarbeiter wurde eine Tagesordnung angenommen, in welcher dem Bundesausschuß vorgeschrieben wird, die Erhöhung des Tagelohnes um zwei Franks, die Verabschiedung mit Ruhegehalt nach fünfundzwanzigjähriger Arbeit, achtstündige tägliche Arbeitszeit und Abschaffung der Prämien zu fordern. Die Versammlung beschloß, die Arbeit am 5. April niederzulegen, wenn der Ausschuß der Kohlengruben nicht allen diesen Punkten entsprechen sollte.

In der Nacht zum 2. April wurde gegen ein Haus in Harnes ein Dynamitanschlag verübt, bei dem lediglich Sachschaden angerichtet wurde. In Fouquieres und in Harnes kamen Unruhen vor. Die Ausständigen errichteten Barrikaden. Kavallerie ging gegen die Ausständigen vor, wobei einer der letzteren verwundet wurde.

Diese Meldungen bedürfen erst der Bestätigung.

Vom amerikanischen Bergarbeiterausstande. Die Arbeitseinstellung im Anthrazit-Kohlengebiet ist anscheinend vollständig. Es haben sich keine Bergleute zur Arbeit gemeldet. Ruhestörungen werden von nirgendsher gemeldet.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 3. April 1906.

Gewerkschaftliche Kulturarbeit.

Der Jahresbericht des Zweigvereins Breslau des Deutschen Maurer-Verbandes ist nunmehr ebenfalls im Druck erschienen. Er präsentiert sich als ein geschmackvoll ausgestattetes Heft, das in zehn Seiten Text und vierundzwanzig Seiten Tabellenwerk bis in die kleinsten Details Auskunft gibt über alles Wissenswerte aus dem Gewerkschaftsleben der Maurer in Breslau und Umgebung.

Eine statistische Aufnahme ergab, daß im Zweigvereinsgebiet 224 Unternehmer, 277 Poliere, 2784 Gesellen und 388 Lehrlinge vorhanden sind. Es entfallen mithin im Durchschnitt auf 12 Gesellen ein Unternehmer, auf 10 Gesellen ein Polier und auf 7 Gesellen ein Lehrling. Als Putzer sind beschäftigt auf Akkord beim Innenputz 129 und an der Fassade 102, und auf Tagelohn 53 bezw. 8.

Die Arbeitszeit beträgt in Breslau und der nächsten Umgebung zehn Stunden, im Landkreise Breslau zehn bis zwölf Stunden. Der Stundenlohn schwankte im Landkreise zwischen 22 und 50 Pfg. pro Stunde; der Durchschnitt ergab 35½ Pfg. In der nächsten Umgebung wurde der niedrigste Stundenlohn mit 35 Pfg., der höchste mit 50 Pfg. und der Durchschnittslohn mit 43,63 Pfg. festgestellt. Im Vertragsgebiet Breslau betrug der niedrigste Lohn 34 Pfg. pro Stunde, der Höchstlohn 70 Pfg. und der Durchschnitt 58,8 Pfg. Den Breslauer Minimal-Stundenlohn von 50 Pfg. erhielten im Landkreise 7, in der Umgebung Breslaus 46 und in Breslau selbst 96 Prozent der Kollegen.

Die Mitgliederzahl des Verbandes im Zweigvereinsgebiet ist im Laufe des Jahres von 2068 auf 2201 gestiegen. Im gleichen Gebiet wurden nur 2784 Gesellen gezählt, sodaß gegenwärtig 94 Prozent der Maurer von Breslau und Umgebung dem Verbande angehören. Fügt man dem noch hinzu, daß 93 Prozent aller organisierten Kollegen ihre Beiträge bis zur letzten

---

der Schutzmauer am ursprünglichen Brandherd entdeckt. Die wieder aufgenommene Bekämpfung des Brandes in Schacht II brachte einige Fortschritte. Die Sonntag gefundenen zwölf Leichen werden unten eingesargt und Nachts heraufgeschafft. Es gilt als sicher, daß zahlreiche, in Seitenstollen eingeschlossene Bergleute Hungers gestorben sind. Auf die Auffindung Lebender ist kaum mehr zu rechnen.

Eisenbahnunfall. Amtlich wird gemeldet: Zug 553 ist in Altona, Hauptbahnhof, infolge unrichtiger Bremswirkung auf den Prellbock gefahren; dabei wurde einer der vorn laufenden Eilgüterwagen etwa 6 Meter in den Packwagen hineingeschoben und der Zugführer schwer, der Packmeister leicht am Kopfe verletzt. Von Reisenden sind nur zwei ganz unbedeutende Verletzungen gemeldet worden. Der vom Packwagen abgekoppelte Zug fuhr nach 11 Minuten weiter.

Durch den Einsturz einer Mauer, der, wie aus Essen gemeldet wird, in der Dorbecker Brauerei erfolgte, wurden zwei Arbeiter getötet und zwei andere verletzt.

Die „Geheimnisse einer Polizeiwachtstube" vor dem Reichsgericht. Am 14. Dezember 1904 hatte die Strafkammer des Landgerichts II zu Berlin den Polizeiwachtmeister Balcerzak, den Schutzmann Wald und den „Kaufmann" Kulse aus Charlottenburg wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung, die beiden Beamten zudem noch wegen Mißbrauchs ihrer Amtsgewalt zu Geldstrafen von je 100 resp. 30 Mark verurteilt.

Der Verurteilung lag ein Vorfall zu Grunde, der bereits im Juli 1903 im „Vorwärts" behandelt wurde und damals allgemeines Interesse erregte. Mehrere Arbeiter hatten eines Nachts gesehen, wie ein betrunkener Arrestant von einem Schutzmann ohne erkennbare Ursache mit der blanken Waffe traktiert wurde. Der Arbeiter Dopieralski ging an die beiden heran und redete dem Arrestanten gütlich zu, mit dem Beamten doch willig zur Wache zu gehen; gleichzeitig bat er auch den Schutzmann, nicht so rücksichtslos seine Waffe zu gebrauchen, worauf dieser den Säbel auch einsteckte. Diesen Vorgang sah von einem Balkon aus der „Kaufmann" Kulse, ein wegen Sittlichkeitsverbrechens mit Zuchthaus vorbestrafter und wegen moralischen Schwachsinns entmündigter Mensch. Er zog eine Trillerpfeife und gab damit nach Art der Polizeibeamten ein Notsignal. Gleich erschien der Wachtmeister Balcerzak und versetzte dem intervenierenden Dopieralski wuchtige Fußtritte, ohne sich vorher zu vergewissern, um was es sich eigentlich handelte. Der so zu Unrecht Malträtierte ging jetzt mit dem Arrestantenzuge nach dem neunten Charlottenburger Polizeirevier, um den Namen des Wachtmeisters feststellen zu lassen. Kaum war er wieder draußen, so folgte ihm auch schon der Wachtmeister, packte ihn an der Gurgel und zerrte ihn unter Schlägen und Stößen wieder in das Wachlokal hinein. Hierbei half auch der trillerpfeifende „Kaufmann" Kulse mit und gab dem Arbeiter noch einen tüchtigen Faustschlag ins Gesicht. Im Lokale selbst ist dann Dopieralski noch von dem Schutzmann Wald mit einem vierkantigen Stock dermaßen mißhandelt worden, daß er sich mit Wunden, Beulen und Striemen bedeckt in ärztliche Behandlung begeben mußte. Auf Grund dieser tatsächlichen Feststellungen kam das Gericht damals zur Verurteilung der Beamten wie auch des „Kaufmanns". Dem letzteren konnte in der Verhandlung allerdings nicht nachgewiesen werden, daß er auch sonst der Polizei Vigilantendienste leiste.

Aeußerst interessant war es in dem Termin aber zu sehen, mit welcher wahrhaft rührenden Fürsorge sich der Staatsanwalt der drei Angeklagten damals annahm. Er beantragte nicht nur deren Freisprechung, sondern hielt als Anklagevertreter die warmherzigste Verteidigungsrede für sie, indem er dem so überaus arg mißhandelten Zeugen und Nebenkläger Dopieralski die Schuld an seinem Ungemach selbst zumaß, dagegen die Angeklagten als förmlich engelrein hinzustellen suchte. Die Rollen zwischen dem Staatsanwalt und dem als Vertreter des Nebenklägers fungierenden Rechtsanwalts Dr. Karl Liebknecht waren damals vollständig vertauscht, so daß jener die Verteidigungsrede hielt und dieser die Anklagerede halten mußte. Was Wunder, daß nach der Verurteilung nicht nur die drei Angeklagten, sondern auch der Staatsanwalt gegen das Urteil Revision einlegten.

So hatte sich denn kürzlich das Reichsgericht mit der Sache zu befassen, und dieses erkannte auf Verwerfung der Revision in ihrem vollen Umfange, weil die tatsächlichen Feststellungen des Landgerichts nicht erschüttert werden könnten und von einer Notwehrhandlung der Verurteilten — die auch der Staatsanwalt ins Feld geführt hatte — absolut keine Rede sein könne. Wie wir erfahren, befinden sich die beiden Beamten nach wie vor im Polizeidienst, wenn auch nicht mehr auf dem 9. Charlottenburger Revier.

Von der Juristerei. Wegen Pilzsuchens vors Schwurgericht zu Leipzig gekommen ist die 51jährige Tagelöhnerin Marie Luise Krätzsch aus Brandis. Am Morgen des 28. Juli v. J. war sie mit ihrer Pflegetochter, ihrer Schwester und deren Tochter in eine dem Rittergutsbesitzer Freiherrn v. Beust gehörige Waldung gegangen. Der für den selbständigen Bezirk Brandis verpflichtete Forst- und Jagdschutzmann Herrig hatte die Frauen beobachtet und folgte ihnen, da der Besitzer das Betreten des Waldes und das Pilzesuchen verboten hatte, bis an die Eisenbahnbrücke bei Machern. Dort hielt er die Frauen an und erklärte ihnen, daß er die Pilze beschlagnahmen müsse. Frau Krätzsch, die in dem guten Glauben war, daß das Pilzesuchen erlaubt sei, wollte die Pilze nicht hergeben, worauf Herrig ihren Korb erfaßte. Frau Krätzsch biß den Schutzmann nun in die Hand, damit er den Korb loslasse und erreichte auch ihren Zweck. In diesem Vorgehen wurden zwei „schwere Verbrechen" erblickt, die nur vor dem Schwurgericht gesühnt werden können, nämlich räuberischer Diebstahl und Widerstand gegen einen Forstbeamten mit Körperverletzung (§§ 252 und 118 des Strafgesetzbuches). Selbst bei Annahme mildernder Umstände muß wegen dieser Delikte auf die geringste zulässige Strafe von einem Jahre Gefängnis erkannt werden.

Vor die Geschworenen gestellt, gab die Krätzsch an, sie habe nicht gewußt, daß das Suchen von Pilzen verboten sei. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob sie denn nicht die am Eingang der Waldung angebrachte Warnungstafel gesehen und gelesen habe, erklärte die Angeklagte, sie könne weder schreiben noch lesen. Den Schutzmann wollte sie nur deshalb in die Hand gebissen haben, weil er sie an der Kehle gedrückt habe. Herrig bestritt dies jedoch.

Auf Grund der Ergebnisse der Beweisaufnahme ließ der Verteidiger der Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Romeney, noch eine auf Genußmittelentwendung gerichtete Nebenschuldfrage stellen. Der Vertreter der Anklage, Staatsanwalt Jakobi, wies in seinem Plaidoyer darauf hin, daß der Fall sehr milde liege — daß er bedaure, daß der Fall nach den bestehenden Gesetzesbestimmungen dem Schwurgerichte habe überwiesen werden müssen. Er (Staatsanwalt) habe anfangs auch nur beantragt, wegen Forstdiebstahls und einfachen Widerstandsvergehens, für die das Schöffengericht zuständig sei, Anklage gegen die Krätzsch zu erheben. Die Eröffnungskammer des Landgerichts Leipzig sei aber anderer Ansicht gewesen und habe die Straftat der Angeklagten dem Schwurgericht überwiesen. Was den räuberischen Diebstahl anbetreffe, so vermöge er die Anklage nach dem Gange der Beweisaufnahme nicht aufrecht zu erhalten. Wohl aber sei die Angeklagte wegen Widerstands zu bestrafen; doch bitte er die Geschworenen, zu Gunsten der Angeklagten mildernde Umstände annehmen zu wollen. Rechtsanwalt Romeney vertrat den Standpunkt, daß höchstens Genußmittelentwendung in Frage kommen könne. Die Geschworenen sprachen die Krätzsch des Widerstands nach § 117 des Strafgesetzbuchs und der Genußmittelentwendung schuldig und billigten der Angeklagten bezüglich des Widerstands mildernde Umstände zu. Das Gericht erkannte diesem Wahrspruch gemäß auf die gesetzlich geringste zulässige Strafe von drei Monaten Gefängnis.

Woche voll bezahlt haben und nur der kleine Rest von sieben Prozent kleine Rückstände aufweist, so zeigt sich ein Bild, das zur Hochachtung nötigt, vor der Energie und dem Geschick, mit denen die Maurer-Organisation ausgebaut worden ist.

Es haben im vorigen Jahre in Breslau 18 Mitglieder- und 5 öffentliche Versammlungen stattgefunden. Ferner sind von Mitgliedern der Ortsverwaltung 51 Sitzungen von Zahlstellen des Zweigvereinsgebiets besucht worden. Vorstandssitzungen fanden 48 statt, Sitzungen der Bau-Delegierten 7 und außerdem wurden 112 Sitzungen, die verschiedenen Zwecken der Arbeiterbewegung gewidmet waren, durch Mitglieder der Ortsverwaltung beschickt, sodaß speziell für den Ortsbeamten nur sehr wenige freie Abende übrig geblieben sind, die er ausschließlich in seinem oder seiner Familie Interesse zu verwenden vermocht hatte.

Die Jahreseinnahme an laufenden Beiträgen rc. betrug 55,512.25 Mark, wovon 22,560.22 Mark der Hauptkasse überwiesen wurden. Am Orte wurden unter anderem ausgegeben: für Fernhaltung des Zuzuges nach Streikorten 171.25 Mark, Gemaßregelten-Unterstützung 266.70 Mark, Unterstützung an die Angehörigen von Inhaftierten 649.50 Mark, Krankenunterstützung 2050.95 Mark, Reiseunterstützung im Winter 10.50 Mark und desgl. an Streikende 213.20 Mark, ferner für Rechtsschutz 1428.08 Mark, für Streiks oder Bausperren am Orte 3660.70 Mark, sowie an Sterbeunterstützung 1284.50 Mark.

Der Bestand der Lokalkasse ist von 6083.32 Mark auf 10,005.26 Mark gestiegen.

In anbetracht, daß die Zement-Industrie immer weiter um sich greift und, soweit öffentliche Bauten in Frage kommen, bereits eine förmliche Umwälzung der ganzen Bauweise verursacht hat, sah sich der Maurer-Verband veranlaßt, mit dem Verbande der Bauhilfsarbeiter eine gemeinschaftliche Agitation unter den Zementarbeitern in die Wege zu leiten. Der Erfolg ist nicht ausgeblieben, doch kamen die meisten der gewonnenen Mitglieder für den letztgenannten Verband in Betracht. Ein weiterer Versuch, die zumeist noch unorganisierten Fliesenleger zwecks Abschaffung der zahlreichen Mißstände in deren Beruf zu vereinigen, versprach Anfangs den besten Erfolg. Einige Eigenbrötler haben indes eine Sektion der „Freien Vereinigung der Fliesenleger Berlin" (lokale Richtung) ins Leben gerufen, die es auf zirka 30 Mitglieder gebracht hat. Infolge der nun mangelnden Einheitlichkeit in den Organisations-Bestrebungen, ist jetzt die Möglichkeit energischen Wirkens für die Verbesserung der Verhältnisse, bei den Fliesenlegern sehr erschwert.

Ein düsteres Kapitel bildet das Verhältnis zwischen dem Verbande und den „christlichen" Maurern. Der „christliche Verband" fristet hierorts seine Existenz lediglich noch durch Organisierung von Streikbrecherkolonnen. Seine „gewerkschaftlichen Aufgaben" bestehen in der Denunziation von Verbandsmaurern bei Polizei und Staatsanwalt. In letzter Zeit ist ans Tageslicht gekommen, daß der „christliche Verband" insgeheim Streikbrecher-Vermittelung nach Breslau betreibt. Diese Tätigkeit kann für jene, die sie ausüben, allerdings nur der Anfang vom Ende sein.

Für eine Petition der baugewerblichen Arbeiter Deutschlands, durch die der Reichstag um eine reichsgesetzliche Regelung des Bauarbeiterschutzes ersucht wird, sind von den Breslauer Maurern 1801 Unterschriften gegeben worden, trotzdem die Jahreszeit (Januar) für die Sammlung dieser Unterschriften die ungeeignetste war.

Das verflossene Jahr war ein Jahr verhältnismäßigen Friedens; dennoch ist der Verband der Parole „Vorwärts" treu geblieben. Ob nun ein Kriegsjahr folgen wird? Der Tarif neigt seinem Ende entgegen. Die Verhandlungen über einen neuen Tarif haben noch zu keinem Resultat geführt, das sichere Schlüsse für die Zukunft möglich macht. Nur soviel steht fest, daß der Breslauer Maurer-Verband genügend gefestigt dasteht, um auch den ärgsten Stürmen Stand zu halten.

---

* **Ein Vortragsabend** fand Sonntag Abend im Gewerkschaftshause statt. Leider erfreute sich dieser unseren besten Dichtern gewidmete Abend keines so guten Besuches, wie es wohl erwünscht gewesen wäre. Zum wesentlichen Teile rührte das daher, daß am Nachmittage im Thaliatheater eine Volks-Vorstellung stattfand. Und es läßt sich den Genossen und Genossinnen kaum verargen, daß sie, die Nachmittags Halbe's „Jugend" sahen, darauf verzichteten, nun noch Abends die Rezitationen anzuhören. Schließlich kann man sich auch in der Kunst den Magen verderben! Für die Zukunft wäre es wünschenswert, daß die Veranstalter der Volksvorstellungen und Rezitationsabende rechtzeitig eine Einigung erzielten, damit derartige Kollisionen vermieden werden. Denn das soll an dieser Stelle nicht verschwiegen werden, die Rezitationsabende müssen genau so wie die Volksvorstellungen und Volkskonzerte eine dauernde Einrichtung im Erziehungs- und Bildungsplan der organisierten Arbeiter Breslaus werden! Aus mehreren entscheidenden Gründen. Die herrschenden Klassen haben alle Bildungsideale unter die Füße getrampelt, für sie hat nur noch das Wort lockenden Sinn: Profitchen gefällig! Der Arbeiterklasse haben sie nur ein solches Maß von Bildung angedeihen lassen, um sie für ihre eigensüchtigen Profitinteressen gründlich ausbeuten zu können. Als die Arbeiterklasse aber mehr Appetit nach Wissen und Bildung verspürte, da riefen und rufen noch heute die herrschenden Klassen ein brutales Quos ego (Ich will Euch!). Mit Recht allerdings denken und fühlen letztere, daß ihre Macht in demselben Grade sinken muß, als sich das Bildungsniveau der Arbeiterklasse hebt. „Wissen ist Macht," dieses für alle Zeiten geltende Wort hat keiner so nimmerermüdend betont, wie unser seit fast 6 Jahren unter der Erde schlummernde große Vorkämpfer Wilhelm Liebknecht. Unsere stolze Aufgabe muß es deshalb sein, den Gesichtskreis der Arbeiter zu erweitern, sie nicht nur zu den Quellen der Wissenschaft, sondern auch zu den lichten Höhen der Kunst zu führen! Gerade unsere edelsten Dichter, wie Goethe, Schiller, Heine, Hebbel und wie sie alle heißen, sind es, deren Lebenswerke in die Köpfe und Herzen der Arbeiterklasse Eingang finden müssen. Dadurch wird es auch möglich, daß der Arbeiter und seine Familie von dem rauhen Kampf ums tägliche Brot abgelenkt und sein schweres Dasein von einigen Sonnenstrahlen durchleuchtet wird.

Der Vortragsabend war so ganz dazu angetan, uns das tief empfinden zu lassen. In dieser Versicherung liegt wohl schon das Zugeständnis, daß der Abend überaus gelungen verlief und abschloß. Es war ein buntgemischtes aber im ganzen doch glücklich gewähltes Programm, wenn wir auch leider unseren Heinrich Heine vermißten. Ernste und heitere Sachen wechselten ab. Es waren Proben der Poesie und Prosa aus den Werken eines Goethe, Schiller, Uhland, Chamisso, Rich. Dehmel, Liliencron, Em. Geibel, Gottfr. Kinkel usw. usw., die von Herrn Otto Gerlach mit der ihm eigenen Meisterschaft zum Vortrage gebracht wurden. Im besonderen seien hier aufgezählt: Faust's Frühlingsgang von Goethe, Des Sängers Fluch von Uhland, Die Musik der armen Leute von Heinr. Seidel, Der Arbeitsmann von R. Dehmel, Pidder Lüng von Detlev von Liliencron. Die letzten drei Stücke machten einen außerordentlich tiefen Eindruck auf die Anwesenden, spielte sich doch in ihnen ihr eigenes hartes Leben ab. Von hinreißender Gewalt ist Pidder Lüng, der bäurische Recke, der lieber sein Leben endet als daß er als Sklave frondet.

Was uns an Herrn Otto Gerlach neben seiner sprachlich-technischen Meisterschaft bemerkenswert erscheint, ist seine restlos aufgehende Persönlichkeit in allen Vorträgen. Diese innige Verschmelzung macht ihn eben zum bedeutenden Vortragskünstler, der das Auditorium unwiderstehlich in seinen Bannkreis zwingt. Kein Wunder, daß er die dankbarsten Zuhörer und Zuhörerinnen fand, die ihn durch stürmischen Beifall reichlich belohnten.

Zum Schluß haben wir noch die Pflicht, Herrn Feige zu danken, auf dessen Initiative der Dichterabend veranstaltet wurde. Hoffentlich folgt nun bald ein zweiter Vortragsabend. Es geht uns nämlich wie dem Wolf in der Fabel, der zum Fuchs sagt: Das schmeckt nach mehr! v.

* **Der Schutzmann als Theoretiker der Freiheit.** Vor dem Schöffengericht hatte sich am Montag unser Genosse, der Tischler Friedrich Fischer wegen angeblicher Schutzmannsbeleidigung zu verantworten. Am 11. Februar war er dem polizeilichen Uebereifer bei Fahndung nach Boykottposten zum Opfer gefallen, d. h. nach der Wache transportiert worden. Hier wurde er einer peinlichen Körpervisitation nach Boykottzetteln unterzogen. Man griff ihm mit den Worten „Sie Herrchen, Sie gestatten doch?" in die Taschen, befühlte alle Nähte am Paletot und der Schutzmann Hofrichter bemerkte als ältester auf dem Revier, seine jüngeren Kollegen instruierend: „Die Herren haben manchmal Löcher in den Taschen, sodaß die Zettel ins Ueberzieherfutter fallen." Die ganze Mühe war aber umsonst, da Fischer keine der gesuchten Zettel bei sich führte. Nun wurde ordnungsgemäß ein Protokoll aufgenommen. Während dieser Zeit fiel von Hofrichter die Bemerkung: „Das nennen die Leute Freiheit, wenn sie die Wirte zwingen wollen, die Säle zu sozialdemokratischen Versammlungen herzugeben." Hofrichter will dies zu einem anderen Schutzmann gesagt haben, Fischer aber hatte die Worte als an sich gerichtet angesehen. Verärgert über die ganz unangebrachte Leibesvisitation, trieb nun die erwähnte Schutzmannsweisheit seinen Widerspruch hervor. Wie Hofrichter und ein anderer Schutzmann unter ihrem Eide aussagen, soll Fischer den Ausspruch getan haben: „Reden Sie nicht, Sie sind viel zu dumm, um über politische Angelegenheiten zu reden." Hofrichter war jedoch anderer Meinung und drohte dem Frevler mit einer Anzeige, worauf dieser seine Behauptung wiederholt haben soll. (?) Fischer selbst bestreitet, die Worte „zu dumm" gebraucht zu haben; überhaupt habe er weder eine Beleidigung des Schutzmanns beabsichtigt noch verübt. Er sei viel zu ruhig und besonnen, um sich zu einer solchen Aeußerung hinreißen zu lassen.

Der Staatsanwalt wollte die Sache milde ansehen und da Fischer noch unbestraft ist, beantragte er eine Geldstrafe von „nur" 20 Mark. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Siman, bat, dem Angeklagten den Schutz des § 193, Wahrung berechtigter Interessen, zu bewilligen. Der Schutzmann habe sich völlig unkorrekt benommen. Es sei nicht seine Aufgabe gewesen, während seines Dienstes seine politischen Ansichten zu Gehör zu bringen. Allerdings nehme man es auf den Polizeistuben oft mit Worten wie mit Werken nicht sehr genau. Im Gegensatz zu der des Schutzmanns sei der Angeklagte der Meinung gewesen, daß nicht die Wirte gezwungen werden sollten, ihre Säle zu sozialdemokratischen Versammlungen herzugeben, sondern daß die Wirte von einer anderen Seite gezwungen worden seien, sie nicht zu geben. Der Angeklagte habe also nur durch Gegendruck diesen Zwang beseitigen wollen. Das Gericht erkannte auf eine Geldstrafe von 10 Mark. Der Vorsitzende führte dabei aus, auf die gesetzliche Mindeststrafe sei nur deshalb nicht erkannt worden, weil der Angeklagte nach den Zeugenaussagen seine beleidigende Aeußerung noch einmal wiederholt habe.

* **Ein Musterarbeiter.** Der Schriftsetzer Bannert ist ein strebsamer junger Mann, der, auf sein eigenes Können bauend, vorwärts zu kommen trachtet. Er gehört nicht zu den Herdenmenschen, die durch Vereinigung mit anderen Standesgenossen nur danach streben, für ihre Arbeit entsprechend bezahlt zu werden. Dem Verbande gehört er deshalb natürlich nicht an, er „strebt höher hinaus," er will selbständig werden und verfolgt diesen Plan „mit allen zu Gebote stehenden Mitteln." Eines Tages brauchte der Buchdruckereibesitzer May einen Gehilfen und Bannert eine Kondition. Die Beiden fanden sich und May war damit die Mühe erspart, sich an den Arbeitsnachweis zu wenden. Bald merkte denn May, daß sein Schriftmaterial immer mehr abnahm. Bannert hatte, auf seine Zukunft bedacht, immer eine Handvoll Buchstaben nach der anderen mitgehen heißen. Auch eine Rechnung hatte er einkassiert und das Geld für sich behalten. Auf erfolgte Anzeige war er dann wegen Diebstahl und Unterschlagung zu drei Monaten und einer Woche Gefängnis verurteilt worden. Bei einer Haussuchung hatte man für etwa 200 Mark Lettern von May gefunden, die dieser nun zurückerhalten hatte. Inzwischen hat Bannert seine Strafe verbüßt und nun erinnerte er sich daran, daß er von May noch 16.04 Mk. Restlohn zu erhalten habe. Er wandte sich an das Gewerbegericht und „da ich in Güte nicht befriedigt werde," hieß es in der Klage. May gab hier an, daß ihm etwa für 800 Mk. Schriftmaterial abhanden gekommen sei, er habe aber nur für 200 Mark zurückerhalten. Bannert dagegen behauptet, daß alles, was er gestohlen, an den Beklagten wieder ausgehändigt worden sei. So machte sich die Vernehmung von Zeugen erforderlich, die bekundeten, daß in einigen Sätzen von Lettern eine Reihe von Buchstaben immer noch fehlten, wodurch jedesmal der ganze Satz unbrauchbar sei. Der Vorsitzende wunderte sich sehr, wie Bannert nach den gegebenen Umständen die Stirn haben konnte, diese Klage einzureichen und hielt dieser es schließlich auch für das Beste, seine Klage zurückzuziehen.

* **Die Vera-Diamanten vor Gericht.** Ein umfangreicher Prozeß wegen unlauteren Wettbewerbes wurde vor der Strafkammer des Landgerichts Leipzig gegen den Kaufmann William Blumenthal und den Geschäftsführer Emil Jäschner aus Berlin verhandelt. Blumenthal ist der Inhaber der vielgenannten Vera-American Diamond u. Co., die in den letzten Jahren außer in Berlin, Breslau, Dresden, Köln, Hannover, Magdeburg, Hamburg, Frankfurt, München usw. auch in Leipzig ein Brillantengeschäft eröffnet hatte, in dem sogenannte Vera-Diamanten zunächst zu einem Preise von sechs Mark wie in Breslau verkauft wurden. Die Diamanten waren in Broschen, Ohrringen, Armbändern, Kravattennadeln und anderen Fassungen enthalten und wurden als entzückende, brillierende, wunderbare Ware, als die feinsten Imitationen der Welt bezeichnet und schließlich, angeblich weil das Geschäft aufgegeben werden sollte inkl. Fassung zu 1 Mark das Stück verkauft. In dieser Ankündigung erblickten verschiedene Juweliere die Tatbestandsmerkmale des Betruges und erstatteten Anzeige bei der Staatsanwaltschaft. Diese gab dem Antrage insoweit statt, als sie gegen die beiden obengenannten Angeklagten die Anklage wegen unlauteren Wettbewerbes erhob. Als Zeugen traten zunächst mehrere Käufer von Ringen usw. auf, denen die Ware als bester Goldersatz verkauft worden war. Aber bereits nach einigen Tagen seien die Ringe schwarz gewesen. Der als Sachverständige geladene Professor Dr. Luther hat einige ihm vorgelegte Vera-Diamanten untersucht. Sie bestehen nach seiner Ansicht aus Bleiglas und würden nach einiger Zeit blind. Die Behauptung des Angeklagten, die Vera-Diamanten erhielten durch Waschen den alten Glanz wieder, sei unzutreffend. — Sachverständiger Dr. Reinisch trat diesem Gutachten bei und meinte, die Vera-Diamanten würden sogar noch von den bekannten Gablonzer Fabrikaten übertroffen. — Juwelier Schneider bestritt ebenfalls, daß die Vera-Diamanten mehrere Male gewaschen werden könnten. — Kaufmann Schunke gab sein Gutachten dahin ab, daß die Vera-Diamanten nicht besser als alle anderen Imitationen seien. Von derartigen Steinen erhält man in Galanterie-Geschäften das ganze Groß für 20 Mark, was 15 Pfennig für das Stück betrage. Auch der von den Angeklagten als Sachverständiger geladene Juwelier Borchart-Berlin erklärte, daß er die Vera-Imitationen nicht als die besten der Welt bezeichnen könne. — Das Gericht verurteilte Blumenthal zu 1200 Mark Geldstrafe evtl. 120 Tage Gefängnis, Jäschner zu 800 Mark Geldstrafe evtl. 80 Tagen Gefängnis. Außerdem wurde auf Publikation des Urteils in den Leipziger Tageszeitungen erkannt.

Aus Schlesien und Posen.

Hungerlöhne in Krätkes Reiche.

Vor dem Schwurgericht in Posen saß vor wenigen Tagen der frühere Postgehilfe Lorenz Roier wegen Verbrechens im Amte auf der Anklagebank. Der 23jährige Angeklagte, der ein Monatsgehalt von 50 Mark bezog, unterschlug im Laufe der Zeit 38 Postanweisungen im Gesamtbetrage von 806 Mk. Unter Zubilligung mildernder Umstände erhielt er 1 Jahr Gefängnis.

Und wir fragen: Warum steht nicht auch die Postverwaltung als Verursacherin des Diebstahls auf der Anklagebank, die ja den armen Gehilfen durch einen Gehalt, zum Leben zu wenig, zum Verhungern zu viel, zu jener Tat anstiftete? Als kürzlich im Reichstage der Postetat verhandelt wurde, da schwamm Herr Krätke und seine Getreuen in Wonne über all das Gute, das sie aus ihrem Ressort zu berichten hatten, und besonders über die allgemeinen „Lohnaufbesserungen" der niederen Beamten. Wie diese ausschauen, das lehren die Beispiele . . .

Agrarische Nahrungsmittelfälscher.

Allerliebste Enthüllungen über gewisse agrarische Machinationen zeitigte eine Gerichtsverhandlung vor der Hirschberger Strafkammer. Der „Bote" berichtet darüber:

„Auf die Margarine sind bekanntlich unsere Agrarier ebenso schlecht zu sprechen, wie auf das ausländische Fleisch. Ebenso bekannt ist aber auch, daß die Agrarier es durchaus nicht verschmähen, Margarine im eigenen Hause zu verwenden, natürlich aber nur für das Gesinde. Ein recht eigentümliches Licht auf die Praxis in mancher großen Landwirtschaft wirft die Verhandlung, in der sich der Wirtschaftsgehilfe Johann T. aus Klein-Hennersdorf, Kreis Landeshut, wegen Nahrungsmittelverfälschung zu verantworten hat. Der Gerichtsvollzieher K. bezog von dem Gutspächter T. in Klein-Hennersdorf die Butter. Das Gut ist etwa 800 Morgen groß und es werden dort durchschnittlich 15 Arbeitskräfte beschäftigt und 25 bis 28 Stück Rindvieh gehalten. Frau K. fiel schon längere Zeit der schlechte Geschmack der Butter auf und als sie eines Tages besonders schlecht aussah, und gar nicht bräunte, ließ Herr K. die Butter durch den Apotheker Drischel chemisch untersuchen. Diese Untersuchung hatte ein merkwürdiges Ergebnis. Die Butter bestand in der Hauptsache aus Margarine und nur zum kleinen Teil aus Butter. Ueber das Ergebnis der Untersuchung zur Rede gestellt, erklärte sich der Angeklagte bereit, die 9 Mark betragenden Untersuchungskosten zu bezahlen und als Buße 50 Mark an die Grauen Schwestern zu zahlen. Die Sache war aber inzwischen doch an die Oeffentlichkeit gekommen. Der Angeklagte behauptet nun, Margarine sei in der Wirtschaft seines Bruders auch gebraucht worden und zwar für die Dienstboten. (!) Damit die letzteren nicht merkten, daß sie nur Margarine erhielten, wurde diese in Butterform gebracht. Die Margarine und die Naturbutter wurde auf dem Gute in demselben Raume aufbewahrt. An dem betreffenden Tage habe er, (der Angeklagte) sich nur geirrt und statt der Naturbutter die Margarine mitgenommen. Das Landeshuter Schöffengericht nahm an, daß diese Behauptungen des Angeklagten nicht widerlegt seien und erkannte auf Freisprechung!! Hiergegen legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein. Auf Grund der heutigen Beweisaufnahme hält der Staatsanwalt für erwiesen, daß der Angeklagte mit Absicht Margarine statt Butter verkauft habe, wie denn überhaupt der Verdacht bestehe, daß auf dem Gute eine große Buttermantscherei betrieben worden ist. Mit Rücksicht auf die Gemeingefährlichkeit der Handlungsweise des Angeklagten beantragt der Staatsanwalt eine Gefängnisstrafe von einer Woche. Der Gerichtshof hält den Angeklagten zwar für sehr verdächtig, aber doch nicht für überführt, [illegible]lich und wissentlich Margarine statt Butter verkauft zu haben. Dagegen habe sich der Angeklagte der fahrlässigen Nahrungsmittel-Verfälschung schuldig gemacht und wurde deshalb mit 30 Mark Geldbuße bestraft."

Ein oberschlesisches Idyll.

Vor den Toren der guten alten Stadt Beuthen, im Industriedorf Roßberg, haben bekanntlich die Sozialdemokraten ein Versammlungslokal zu gewinnen gewußt. Man hat sich wirklich redlich Mühe gegeben, dies furchtbare Schicksal von Beuthen und Roßberg fernzuhalten, aber das Geschick wollte es anders und man muß sich fügen. Als die rechtsseitigen Parterreräumlichkeiten des Hauses Gr. Dombrowkaerstraße Nr. 8 zu einem Versammlungslokal umgebaut wurden, gebot die Polizei, daß alle zum Treppenhaus führenden Türen zugemauert werden müßten. Und so taten denn auch die Sozi, obwohl sie der Meinung waren, auch jene Anordnung, wie manch andere, die in diesen Tagen in Roßberg erging, sei nicht ganz unanfechtbar. Die Bewohner dieses Hauses — es ist ein großes dreistöckiges Eckhaus mit vielen kleineren und kleinen Wohnungen — waren vor der unmittelbaren Berührung mit den gefährlichen Umstürzlern also bewahrt. Aber das genügte noch nicht. Diese Bewohner waren zum großen Teil Beamte oder Arbeiter bei der Oberschlesischen Schmalspurbahn, die, früher Privatunternehmen, seit reichlich einem Jahre in die Verwaltung der königlich preußischen Staatseisenbahn überging. Konnten diese also in staatlichen Diensten befindlichen Leute in einem Hause wohnen bleiben, in welchem . . . . . Sozialdemokraten sich versammelten? Nein, sie konnten nicht, wenn nicht das Wohl dieses Staates gefährdet erscheinen sollte. Und so zogen sie alle, alle, „der Not gehorchend, nicht dem eigenen Trieb", aus, hinaus aus diesem schrecklichen Hause, in andere, vielleicht schlechtere, teurere Wohnungen, aber fort von diesen gefährlichen Nachbaren, zu „ordentlichen" Leuten.

Das „rote Haus" stand nun also leer, der Besitzer machte ein langes Gesicht und verwünschte die Idee, den Sozialdemokraten vermietet zu haben? Es geschieht ihm recht, warum läßt er sich mit solchen Leuten ein! Aber was ist denn das? Ist das ein Aprilscherz, wie er am ersten dieses launigen und launischen Monats wohl üblich ist? Ein Raum, eine Wohnung nach der anderen füllt sich mit Möbelstücken und mit Menschen, mit lachenden, fröhlichen Menschen! Wer kann nur den Mut haben, dort hineinzuziehen? Ja, denke lieber Leser, lauter Sozialdemokraten sind's, die jetzt die Räume einnehmen, an ihrer Spitze der Häuptling der roten Bergleute, der gefährliche Franz Scholtysek — sie füllen jetzt das Haus vom Keller bis zum Dachboden und machen erst seinen Namen „rotes Haus" zur vollen Wahrheit.

Aber halt — nur Sozialdemokraten hausen doch noch nicht in dem Hause. Da ist z. B. unten im Parterre, gerade gegenüber den Versammlungsräumen, noch ein königlich preu-

fischer Gendarm-Vizewachtmeister wohnhaft. Der arme Mann muß weiter in dem gräßlichen Hause bleiben, sintemalen er noch einen mehrjährigen Mietskontrakt hat, also nicht gleich den königlich preußischen Staatsbahnangestellten und Arbeitern davongehen kann. Nun, wir hoffen, daß sich auch die neuen Bewohner mit dem nachbarlichen Vertreter des Gesetzes vertragen werden, so daß man mit vollem Recht von einem oberschlesischen Idyll, dem friedlichen Hausen eines preußischen Gendarmen in einer „sozialdemokratischen Kolonie" wird reden können.

Daß die Roßberger Ortspolizei nach wie vor streng auf Ordnung in und an diesem „roten Hause" sieht, ist selbstverständlich und lobenswert. So soll der Pächter des Versammlungsraumes, Genosse Brudny, nicht weniger als 20 Mark Geldstrafe bezahlen, weil er nach dem Zeugnis des Polizeiwachtmeisters Zurowietz nicht dafür gesorgt haben soll, daß die Gasglühlampen im Lokale mit einem elektrischen Zünder angezündet wurden. Es geschieht dem Sünder ganz recht, denn wie leicht könnte im Versammlungslokale Feuer entstehen und eine Anzahl der sozialdemokratischen Besucher zu Tode kommen — schrecklicher Gedanke, besonders für unsere Polizei. Aber nicht nur für das Leben, auch für die Gesundheit der Sozialdemokraten ist man in Roßberg ängstlich besorgt. So entdeckte vor einiger Zeit der besagte Herr Zurowietz in dem zum Versammlungsraum gehörenden Pissoir einen veritablen — „Kaktus", ganz frisch und stark duftend, wie er später vor Gericht mit sachverständigem Ernst behauptete. Dieser „Kaktus" war dort zweifellos nicht an seinem Platze, er gehörte in den daran stoßenden heimlichen Raum und die notwendige Folge dieser Platzwidrigkeit war eine pflichtgemäße Anzeige durch Herrn Zurowietz, die weitere Folge ein polizeilicher Strafbefehl, dem schließlich kostspielige gerichtliche Bestätigung gefolgt sein soll. Solcher kleiner Geschichten, die in rührender Weise die zarte Sorge der Polizei um das Roßberger rote Haus offenbaren, existieren noch eine ganze Anzahl und wir erzählen sie gelegentlich gern einmal. Für heute mag es genug sein an dieser Schilderung idyllischer Zustände, wie sie doch wohl nur das einzige Oberschlesien aufweisen kann.

Fiskus und Germanisation.

Aus Oberschlesien schreibt man uns: In der dem preußischen Staate gehörenden „Königsgrube" (Königshütte O.-S.), wurde dieser Tage ein Anschlag in den Baderäumen gemacht, laut welchem den Bergleuten der Grube von dem Direktor dieser, dem Bergrat Buntzel, bekannt gegeben wird, daß zur Pflege und Stärkung deutscher Sitte, Gesinnung und Kameradschaft ein Gesangverein gegründet werden soll. Auch mündlich wurde das den Mannschaften durch Aufseher mitgeteilt. Natürlich haben die Bergleute, die alle polnischer Nationalität sind, diese Absicht der hochwohlweisen Verwaltung mit ungeheurem Jubel aufgenommen und alles drängt sich zu diesem „Gesangverein", um möglichst bald in deutscher Sitte und Gesinnung gestärkt zu erscheinen. Wer keine Bedürfnisse nach dieser Richtung offenbart, muß fürchten, in der Arbeit, d. h. im Verdienst irgend welchen Schaden zu erfahren. Natürlich ist eine solche Befürchtung ganz grundlos, aber sie ist nun einmal da, verstärkt durch die gewiß zufällige Erscheinung, daß die „patriotischen" Kameraden immer am besten verdienen. Und so werden viele im „Gesangverein" von deutscher Sitte und Treue mitsingen — Stimme ist nicht notwendig, nur „Gesinnung" — die im Herzen ganz anders fühlen. Die fiskalische Werkverwaltung aber ist stolz auf ihre germanisatorischen Erfolge — bis zur nächsten Reichstagswahl, die offenbaren wird, daß trotz aller hakatistischen Mühen alles polnisch gewählt hat!

Klein-Leubusch, 3. April. Achtung, Parteigenossen! Sonntag, den 8. April, soll in Groß- und Klein-Leubusch eine Agitation für die „Volkswacht" und den Wahlverein entfaltet werden. Es geht nicht an, daß an diesen beiden Orten nur 130 gewerkschaftlich und gar 2 Mann politisch organisiert sind. Auch die Zahl der Volkswachtleser, die jetzt 36 beträgt, muß eine andere, eine größere werden. Also, Parteigenossen, beteiligt Euch Sonntag rege an der Agitation. Keiner darf fehlen. Das Agitationsmaterial ist beim Genossen Karl Kramer in Klein-Leubusch zu haben.

Märzdorf, 2. April. Die Gemeindewähler-Versammlung, die hier gestern Nachmittag bei zahlreicher Beteiligung stattfand, beschäftigte sich in erster Reihe mit dem Vorgehen unseres Gemeindevorstehers Urbansky. Der Referent Parteisekretär Neukirch wies in längeren Ausführungen nach, daß schon die Einberufung der Wähler am 28. März insofern nicht korrekt war, als sie bestimmte, daß sie um 6 Uhr Abends im Wahllokale zu erscheinen haben, während der § 59 der Landgemeinde-Ordnung verlangt, daß die Stunden, in welchen die Stimmen bei dem Wahlvorstande abzugeben sind, genau bezeichnet werden müssen. Der Gemeindevorsteher dürfte deshalb auch nicht das Wahllokal verlassen und die Wahl aufheben, als um 6 Uhr anscheinlich kein Stimmberechtigter im Wahllokal anwesend war. Nicht genug damit aber, daß die Wähler am 28. März unverrichteter Sache nach Hause geschickt wurden, wird jetzt die Wahl vom Gemeindevorsteher auf Sonnabend, den 7. April, Mittags 12 Uhr festgesetzt, auf einen Werktag also, von dem der Gemeindevorsteher als ehemaliger Maurergeselle wissen muß, daß er sich im allgemeinen als Sachlicher nicht geeignet, am wenigsten jedoch für die meistens auswärts arbeitenden Arbeiter und Handwerker von Märzdorf, die, wenn sie am 7. April zur Wahl gehen wollen, fast einen ganzen Tag Arbeit verlieren. Außerdem werden wieder die Stunden des Wahltermins nicht angegeben, sondern nur die Zeit des Beginns der Wahl. Unter solchen Umständen könne man es verstehen, wenn die beteiligten Arbeiterwähler die Ansicht hegten, daß die gerügten Wahlvorschriften nur getroffen wurden, um sie von der Teilnahme an der Wahl abzuhalten. In der lebhaften Debatte kam aber zum Ausdruck, daß gerade wegen der bei der Wahl bereiteten Schwierigkeiten jeder rechtzeitig auf dem Posten sein muß. Dahin lautet auch die nachstehende Resolution, welche einstimmige Annahme fand:

„Die heutige Gemeindewählerversammlung protestiert entschieden gegen das Vorgehen des Gemeindevorstehers bei der Gemeindevertreterwahl am 28. März und die nunmehrige Ansetzung derselben auf den Sonnabend, den 7. April, Mittags 12 Uhr, wodurch der Eindruck erweckt wird, daß den Arbeitern das Wahlrecht illusorisch gemacht werden soll. Die Versammelten verpflichten sich, trotzdem Mann für Mann am 7. April, Mittags 12 Uhr, zur Stelle zu sein, um für ihren Kandidaten der 3. Abteilung, den Genossen Maurer Haschke, zu stimmen."

In der Versammlung waren auch die beiden Herren Gemeindeschöffen erschienen, für kurze Zeit auch der Herr Gemeindevorsteher. Sie fühlten sich aber nicht bewogen, die mehr als eigenartigen Maßnahmen bei der Gemeindewahl zu verteidigen. Nun, der 7. April dürfte dem Herrn Gemeindevorsteher zeigen, daß alle Versuche, den Arbeitern von Märzdorf den Weg in die Gemeindevertretung zu verschanzen, vergeblich und nutzlos sind.

Strehlen, 3. April. Druckfehlerberichtigung. In der gestrigen Nummer der „Volkswacht" hat sich in dem Bericht aus Strehlen ein sinnentstellender Fehler eingeschlichen. Es heißt in Zeile 37: Herr Schall, der Stifter dieses Buches, es muß aber heißen: Herr Schall, der Pächter dieses Buches usw.

Schweidnitz, 3. April. Achtung, Holzbildhauer! Die Firma Mantz u. Gerstenberger in Frankfurt a. O. sucht für ihren Betrieb im „Schles. Tagebl." Holzbildhauer, jedoch nur solche, welche dem Deutschen Holzarbeiter-Verband nicht angehören. Der Akkordlohn soll angeblich 21 bis 32 Mk. betragen. Da bei obiger Firma über 100 Arbeiter ausgesperrt sind, kann es sich nur um Heranziehung von Arbeitswilligen handeln.

Langenbielau, 2. April. Lohnbewegung der Textilarbeiter. Nun haben sich unter den Textil-Arbeitern auch die Spuler und Andreher der Lohnbewegung der Weber und Weberinnen bei der Firma Chr. Dierig angeschlossen. Eine von der Filiale des Textilarbeiter-Verbandes auf Verlangen der Arbeiterinnen dieser Branchen einberufene, sehr zahlreich besuchte Versammlung beauftragte den Arbeiterausschuß, bei der Firma um Aufbesserung der zum Teil für die heutigen Zeitverhältnisse niedrigen Löhne und Abschaffung der vorhandenen Uebelstände in den Arbeitseinrichtungen nachzusuchen. Die Spuler des Kettengarnes, vom Schußgarn, die Andreher, die Aufsteckerinnen 2c. verlangen diverse Lohnerhöhungen, Neuregelung der Arbeitszeit und der Lohnverteilung, sowie auch Abschaffung des zum Teil noch bestehenden, ausbeutenden Prämienlohn-Systems. Die Arbeiterinnen klagen noch besonders über recht inhumane Behandlung und stellen verschiedene unbedingt notwendige Forderungen. Am 24. März fand eine öffentliche Versammlung statt, in der der Gauleiter des Textilarbeiterverbandes Kollege Fritsch-Bericht über die stattgehabten Verhandlungen erstattete. Die Weber, Spuler, Andreher und Scherer hatten den großen Saal bis zum letzten Platz besetzt. Fritsch hob hervor, daß die am 21. März gepflogenen Verhandlungen mit der Firma Dierig und vier Mitgliedern des Arbeiterausschusses ein besseres Resultat gezeitigt hätten, als die Verhandlungen am 5. März. Zu einer ganzen Anzahl von Zugeständnissen habe sich nunmehr die Firma bereit erklärt; die Zahlung von tariflich geregelten Löhnen erfolge von Ostern ab, sodaß alsdann die Wahl einer Lohnkommission überflüssig sei. Noch sei zwar die Lohnbewegung nicht beendet, doch könne man einigermaßen mit dem Erreichten zufrieden sein. Gerade die Textilarbeiter hätten schon oft schlechte Erfahrungen mit Versprechungen gemacht; großer Unwillen rief es hervor, daß die Firma eine Verkürzung der Arbeitszeit abgelehnt habe, — allerdings mit dem Bescheide, daß der Herr Kommerzienrat jetzt verreist sei.

Nach längerer Diskussion, welche sich hauptsächlich um die Verkürzung der Arbeitszeit drehte, nahm die Versammlung eine Resolution an, in der sie erklärte, sich vorläufig bezüglich des Tarifs mit den bewilligten Forderungen zufriedenstellen zu wollen. Die Prüfung des Tarifs nach dem 15. April müsse erst ergeben, ob die Wünsche erfüllt wären. Die Versammlung erwartet von der Firma, die Verkürzung der Arbeitszeit auf 10 Stunden in nächster Zukunft in eingehende Erwägung ziehen zu wollen.

Unter allgemeiner Heiterkeit erfuhr die Gründung des christlichen Arbeiterinnen-Vereins und das Verhalten der Unorganisierten die gebührende Kritik. Mit der Aufforderung zum weiteren Ausbau der Organisation, damit endlich auch die Dierig'schen Arbeiter und Arbeiterinnen die 10stündige Arbeitszeit erreichen, schloß Fritsch die von bestem Geiste beseelte Versammlung.

Hirschberg, 3. April. Zur Brandstiftung in Herischdorf meldet die „Schles. Ztg.": „Die Urheber des Brandes in der Mast- und Nutzgeflügelanstalt in Herischdorf sind ermittelt, es sind die Schulknaben Emil Wagenknecht, Paul Kriegel und Heinrich Braun, sämtlich aus Herischdorf. Wagenknecht hat das Feuer angelegt, indem er ein brennendes Streichholz vorsätzlich durch den Schlitz an der Rückseite der Scheune hineinhalten hat. Mithelfer und Mitwisser der Tat waren die anderen beiden Knaben, von denen der zehnjährige Kriegel die Streichhölzer mitbrachte. Die drei Knaben wollten ihren Plan schon am Sonntag Abend zur Ausführung bringen, da aber Wagenknecht schon um 8 Uhr schlafen gehen mußte, konnte die Tat erst am Montag Abend erfolgen. Alle drei haben bereits ein umfassendes Geständnis abgelegt."

— Ein allgemeiner Streik der Zimmerer ist in einer am Montag Abend stattgefundenen Versammlung in der Andreasschenke beschlossen worden. Beteiligt sind daran über 120 Mann. Verhandlungen mit den Arbeitgebern scheiterten an deren hartnäckig protzenhaftem Verhalten.

Striegau, den 2. April. „Naturmensch gustav nagel" hielt am Donnerstag Abend in Sauers Saal einen Vortrag, in welchem er seine Lebens- und Schreibweise und von seiner Wanderung nach Jerusalem und den dortigen Verhältnissen erzählte. Nebenbei betrieb er einen schwungvollen Handel mit Ansichtskarten. Die Neugierde, den Naturapostel zu sehen, hatte über 500 Personen, zum allergrößten Teil Bürgersleute, angelockt, sodaß er bei einem Eintrittsgelde von 20 und 30 Pfennig ein gutes Geschäft gemacht hat. Bei dieser Versammlung konnte man wieder einmal sehen, wie sich „Gebildete" benehmen können. Durch unflätige und störende Bemerkungen taten sich besonders zwei Herren hervor, der eine ist ein reicher Agrarier aus Gräben. Komisch, wovon der „Striegauer Anzeiger" aber nichts zu berichten weiß. Ach ja — es waren ja keine Arbeiter!

— Gemeindewohlsteg. In Gräben bei Striegau fand am Freitag die Gemeindevertreterwahl statt, bei welcher Genosse Steinarbeiter Hermann Fluske mit 46 Stimmen in der 3. Abteilung gewählt wurde, der Gegner, Stellenbesitzer Jange, erhielt 5 Stimmen. Bravo!

Neuhof, 2. April. Christliche Versammlung. Hier fand zum zweiten Male eine christlich-nationale Bauhandwerker-Versammlung statt. Die Veranstalter derselben schienen sich viel Erfolg davon versprochen zu haben, — leider aber machten ihnen die in unseren Gewerkschaften organisierten Genossen sowie eine Anzahl Tabakarbeiter insofern einen Strich durch die Rechnung, als sie die Mehrheit der Anwesenden bildeten. Nach dem Vortrage eines Herrn Wolf nahm Genosse Obst das Wort, der auf die Nichtigkeit und Schädlichkeit der christlichen Verbände an der Hand von Beispielen treffend hinwies. Alsdann mischte sich der Gastbesitzer ein und untersagte außer dem Referenten jedem das Wort, mit der Begründung, daß hier von keiner Versammlung, sondern nur von einer Besprechung die Rede sein könne. Der überwachende Polizeibeamte erklärte jedoch, daß er gegen den Gastbesitzer Kiefer und den Referenten Wolf Strafantrag stellen wolle, weil die Versammlung nicht polizeilich angemeldet sei. Darüber erhob sich nun großer Tumult, die Anhänger unserer Sache verließen den Saal und begaben sich in das Kirbichsche Lokal zu einer weiteren Besprechung; bei dieser Gelegenheit wurden sieben neue Abonnenten für die „Volkswacht" gewonnen.

Liegnitz, 3. April. Den Austritt aus der Landeskirche erklärte eine ganze Anzahl Personen in der am Sonntag stattgefundenen Volksversammlung, in welcher Genosse Pastor a. D. Göhre referiert hatte.

Haynau, 2. April. Versuchte Flucht aus dem Gefängnis. Im Februar d. J. waren im Gerichtsgefängnis zu Haynau u. a. in einer Zelle des ersten Stockes vier Gefangene untergebracht, von denen sich drei verabredeten, einen gewaltsamen Ausbruch zu unternehmen. Sie hatten bei ihrem Austreten in den Freistunden ein „Blink" in der äußeren Mauer ihrer Zelle bemerkt, an welcher Stelle die Wand dünner ist, und sie verabredeten nun, an dieser Stelle ein Loch in die Wand zu brechen und durch dieses zu entfliehen. Sie hatten sich auch die Maße von der Wand genommen, sich dabei aber etwas verrechnet. Mit Hilfe von Eisenteilen, die sie sich im Gefängnis zu verschaffen gewußt hatten, wurde erst der Mörtel von der Wand abgekratzt und die Ziegelsteine dann herausgenommen. Es wurde abwechselnd bei Tag und bei Nacht gearbeitet. Ueber das entstandene Loch, welches bereits so groß war, daß ein Mensch mit knapper Not durchkriechen konnte, wurden Handtücher und Kleider gehängt, damit es nicht zu sehen war; der Kalk wurde in den Eimer getan und die Ziegeln wurden in das Bett versteckt. Als der vierte Stubengenosse Johann Lisson, der wegen Bettelns verhaftet war, vorgeführt wurde, verriet er den Plan seiner Genossen, die sich noch im Gefängnis befanden! Die drei standen jetzt vor der Strafkammer Liegnitz und wurden wie folgt verurteilt: Der ehemalige Fremdenlegionär Glasmacher Karl Stöcker aus Lüben zu einer Zusatzstrafe von acht Monaten Gefängnis, der Kunstmaler Louis Keller zu neun Monaten Gefängnis und der Schmied Oskar Birner zusätzlich zu noch fünf Monaten Zuchthaus.

Krummhübel, 3. April. Zum Brande der Hampelbaude wird noch gemeldet, daß das Feuer infolge Ueberheizung eines Stubenofens entstanden sei. Mehrere Tiere seien mit verbrannt. Die Touristen konnten sich sämtlich retten. Da auf dem Hochgebirge ein starker Nebel herrschte, wurde von einem Feuerschein im Tale nichts bemerkt und die Feuermeldung anfangs als Aprilscherz aufgefaßt, zumal auch zuerst nur von einem Stubenbrande die Rede war. Der Transport des aufgeregten Viehes bei der großen Finsternis durch den Hochwald war außerordentlich schwierig und gefährlich. Mobiliar wurde nur wenig gerettet und in der nahen Teichbaude sowie in einem Schuppen untergebracht. Frau Kraus war vor Schreck wie gelähmt. Sie wurde sofort auf einem Hörnerschlitten nach dem Spindlerschen Hotel gebracht, wo sie schwer krank darniederliegt. Bei den Versuchen, den Inhalt des Geldschrankes zu retten, hätte Herr Kraus, der Besitzer, beinahe in den Flammen den Tod gefunden, wenn er nicht von Feuerwehrleuten mit Gewalt zurückgehalten worden wäre. Obwohl die Baude versichert ist, trifft den Inhaber doch ein bedeutender Schaden, da sämtliche für die Saison bereits angeschafften Vorräte mit verbrannt sind. Von der Baude sieht man nur noch einige Umfassungsmauern, zwei Schornsteine und eine Mittelwand aus dem Trümmerhaufen hervorragen. In der einförmigen Umgebung der weiten Schneelandschaft macht dieses Trümmerfeld einen erschütternden Eindruck. Die Hampelbaude ist die älteste Baude des Riesengebirges. In den ersten Schreckenszeiten des dreißigjährigen Krieges, im Jahre 1621, flüchteten wehrpflichtige Männer in die Berge und erbauten dort eine sehr einfache Hütte, die Hampelbaude. Im Jahre 1650 wurde sie neu aufgebaut, und von da ab wurde hier auch Viehzucht getrieben. Die Baude hat wiederholt ihren Namen gewechselt; sie hieß Hamelbaude, Taubebaude, Hempelbaude und schließlich wieder Hampelbaude. Vor zehn Jahren wurde die alte Baude abgebrochen und an ihre Stelle trat die (1903 nochmals durch einen Erweiterungsbau vergrößerte) Hampelbaude, die jetzt ein Raub der Flammen geworden ist.

Neustadt OS., 2. April. Stadtverordneten-Versammlung. Die letzte Stadtverordnetensitzung bot des Interessanten nur wenig. Der Vorsitzende referierte über die Erbauung und die maschinellen Anlagen einer städtischen Kühlhalle; die Versammlung genehmigte das vorgelegte Projekt und beschloß, die Herstellung der Anlage der Firma A. Brosig in Tegel zum Preise von 48,200 Mk. zu übertragen. Ferner wurden verschiedene Anträge der Kommission bezüglich einer erhöhten Mietsentschädigung für Rektoren, Lehrer und Lehrerinnen angenommen. Schließlich wurden die Kosten von Gipsmodellen für die Fassade der Volksbadeanstalt in Höhe von 400 Mk. genehmigt und der Gesamtkostenanschlag der Badeanstalt nunmehr auf 17,000 Mk. festgestellt.

Posen, 2. April. Eine Machtprobe im Baugewerbe Posens. Die Bauunternehmer in Posen haben am Sonnabend sämtliche im Zentralverband, im christlichen wie im Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein organisierten Maurer ausgesperrt. Von der Aussperrung nicht betroffen wurden die zirka 15—20 Mann zählenden Mitglieder des polnischen Vereins. Die Maurer forderten von den Unternehmern eine teilweise Erhöhung des Stundenlohnes, was die letzteren nicht nur rundweg ablehnten, sondern noch eine Verlängerung des gegenwärtig geltenden Lohntarifs auf weitere zwei Jahre verlangten. Diesem Verlangen konnten die Arbeitnehmer nicht nachkommen, doch erklärten sie sich bereit, für dieses Jahr die Forderung fallen zu lassen und den bestehenden Tarif auf 1 Jahr zu verlängern. Als Antwort darauf erhielten sie am Sonnabend ihre Entlassung; ihnen wurde erklärt, daß diejenigen, die am Montag den Beweis erbringen, daß sie Mitglieder des polnischen Vereins geworden sind, weiter arbeiten könnten. Diese Erklärung wurde sowohl von den polnischen wie von den deutschen Unternehmern an alle Gehilfen, auch an die deutschen, gerichtet. Wenn man berücksichtigt, daß von der Aussperrung nicht nur die Privatbauten, sondern auch die größeren direkt der Germanisation dienenden, wie Kaiserschloß, Ansiedelungskommission, Amtsgericht und dergleichen betroffen werden, so bekommt man einen Begriff, welche Blüten das Ringen zwischen Kapital und Arbeit treibt. Der Kampf der so brutal herbeigeführt wurde, droht ein besonders hartnäckiger zu werden.

Kleine provinzielle Nachrichten.

Der 74jährige Viehfütterer Greiser im Vorwerk **Wiebelshof** (Provinz Posen), seine Frau und Tochter wurden mit durchschnittenen Hälsen in ihrer Wohnung tot aufgefunden. Die Tochter gab noch Lebenszeichen von sich und sagte, daß Zigeuner die Schreckenstat verübt hätten. — Wie das „Schwiebuser Tageblatt" meldet, ist eine Zigeunerbande, die kurz zuvor Wiebelshof durchzogen hatte, in Unruhstadt gesichtet worden. Von der Bande wurden acht Personen verhaftet, es fehlt jedoch ein größerer Teil derselben. — Der Brand auf der **Friedensgrube OS.** dauert an. In 8—12 Tagen hofft man den Brand zu lokalisieren. Der Betrieb der Grube wurde am Montag wieder aufgenommen, nur mit Verminderung von 1/4 der Förderung. — Ein weiteres Grubenunglück ereignete sich auf dem Menzelschacht der benachbarten Huoogrube der Gräfl. Donnersmarckschen Bergverwaltung. Dort wurden zwei Bergleute unter Tage durch Gesteinsmassen, die sich von der Firste ablösten, verschüttet und getötet. — Sonnabend Nachmittag wurde auf der Konkordiagrube bei **Zabrze** unter Tage der Bergmann Emil Labas von Kohlenmassen verschüttet. Mit einem doppelten Beinbruch und schweren lebensgefährlichen Kopfwunden wurde er in das Knappschaftslazarett zu Zabrze eingeliefert. — Eine empfindliche Bestrafung für Tierquälerei verfügte das Schöffengericht in **Münsterberg**. Angeklagt war der Pferdeknecht Max Miltiß, welcher bei dem Gutsbesitzer Vogt in Weigelsdorf in Diensten stand. Ihn ärgerte es, daß das Pferd ihn zur Nachtzeit durch ein Geräusch im Schlafe störte. Ergrimmt hierüber, griff M. zu einer Düngergabel und hieb damit auf das wehrlose Tier ein, sodaß dem Pferde ein Bein anschwoll und lahm wurde. Miltiß wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. — Ein schrecklicher Unglücksfall ereignete sich in der Papierfabrik von Gloger u. Methner in **Ziegenhals**. Aus noch nicht ermittelter Ursache explodierte plötzlich der Kessel. Der Heizer Johann Maiern erlitt durch den ausströmenden Dampf furchtbare Brandwunden. Er verstarb nach wenigen Stunden. — Am Sonnabend verunglückte in **Striegau** der Steinarbeiter Rudolf Ulbrich im Paul Bartsch'schen Granitbruche, daß ihm ein mehrere Zentner schwerer Stein auf das rechte Bein fiel, wodurch ihm der Unterschenkel zweimal gebrochen wurde. — Selbstmord verübte in der Nacht von Sonnabend zu Sonntag der frühere Bauergutsbesitzer Heinrich Beier in **Lomnitz i. R.**, indem er sich auf einem Boden des jetzt seinem Sohne gehörigen Gutes erhängte.

Verband der Fabrikarbeiter und -Arbeiterinnen

Zahlstelle Breslau.

Donnerstag, den 5. April 1906, abends 8 Uhr im grossen Saale des Gewerkschaftshauses:

General-Versammlung.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Die Ortsverwaltung.

Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne Buch keinen Zutritt.